

VERTEIDIGT DAS SPD- REFORMPROGRAMM!

In Dortmund muß eine 72jährige Witwe von knapp über 300 DM im Monat leben und davon 122,50 DM an Miete abführen. Ein 43jähriger Arbeiter muß mit 1 000 DM Nettoverdienst im Monat Frau und drei Kinder ernähren, 300 DM gehen allein für die Miete ab. Das Geld geht oft kurz vor Monatsende aus, obwohl sich die Familie sowieso nur das Allernötigste leisten kann.

Ist das die bessere Qualität des Lebens, für die die Arbeiter und Jugendlichen 1972 die SPD wählten?

Vergeblich wartet die Bevölkerung der Bundesrepublik in diesem Herbst auf Reformen und Aufschwung. Die Bundesregierung verabschiedete ein Sparprogramm, das die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Jugendlichen hart trifft. Gleichzeitig stellten die Vertreter der Großkonzerne, bürgerliche Wirtschaftsexperten und politische Vertreter des Kapitals fest, daß diese Maßnahmen allenfalls ein erster Schritt, aber völlig unzulänglich seien, wenn es darum gehe, die Unternehmer wieder zum Investieren zu bewegen. Für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiterklasse ihren Lebensstandard einschränken muß, um die kapitalistische Krise zu überwinden.

Kürzungen

Bereits Wochen vor der Bekanntgabe der Sparmaßnahmen der Bundesregierung hatten führende Sprecher der Industrie und Großbanken erklärt, was sie von der Bundesregierung erwarten:

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer verlangte von der Regierung von Neuem steuerpolitische Erleichterungen. Starke Lohnsteigerungen, aufgeblähte indirekte Personalkosten und überhöhte steuerliche Lasten hätten einen Druck auf die Gewinne ausgeübt, der zwangsläufig zu einer Investitionslücke geführt habe. Der BDI-Präsident SOHL forderte von der Bundesregierung dauerhafte "Entlastungen" bei den Steuern. Nur so sei langfristig eine "gesamtwirtschaftlich notwendige Klimaverbesserung" herbeizuführen. Es sei "notwendig, die dauerhafte Wiederherstellung der Ertragsbeziehe der Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen sowie durch eine Lohnpolitik, die sich an Wachstums-, Beschäftigungs- und stabilitätspolitischen Erfordernissen orientiert, zu sichern", meinte der Deutsche Industrie- und Handelstag.

In der Tat steckt der westdeutsche Kapitalismus in seiner schwersten Krise seit Kriegsende. Im ersten Halbjahr 1975 ging die Industrieproduktion um 13% und das reale Bruttoverdienstprodukt um 5% gegenüber dem ersten Halbjahr 1974 zurück. Nach Aussage des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, wird die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch höher sein als im Januar/Februar 1975, als knapp 1,2 Mio. Menschen ohne Beschäftigung waren. Nach früher bekanntgegebenen Zahlen soll die Arbeitslosigkeit bis Februar 1976 bis auf 1,5 Mio. ansteigen. Ohnmächtig muß die SPD-geführte Bundesregierung jetzt mit ansehen, wie ihre ganzen Vorhaben und Reformpläne an der Unberechenbarkeit des kapitalistischen Wirtschaftsablaufs zerplatzt sind. Die Rezession reißt ein tiefes Loch in die Einnahmen des Staates: Für 1975 wurde ein Defizit von weit über 30 Mrd. DM errechnet.

Ein solches Defizit kann nur auf zwei Arten aufgelöst werden: Entweder streicht der Staat seine Ausgaben um diese Summe, oder er läßt mehr Geld drucken, um die Schulden zu begleichen, heizt also die Inflation an. Beide Maßnahmen bedeuten also einen erheblichen Angriff auf Löhne und Sozialleistungen der Arbeiterklasse.

«Sanierung»

Ende August wurden dann die Beschlüsse zur "Sanierung der Staatsfinanzen" von der Bundesregierung bekanntgegeben. Die Mehrwertsteuer soll ab 1.1.77 von 11 auf 13% erhöht werden, die Tabaksteuer um 18 und die Branntweinsteuer um 20%. Und das, obwohl führende Politiker der SPD die Möglichkeit von Steuererhöhungen zuvor stets ausgeschlossen hatten. Die Arbeitslosenversicherung soll ab 1.1.76 von 2 auf 3% erhöht werden, außerdem soll auch die Rentenversicherung erhöht werden. Stark betroffen sind alle Schüler, Studenten und Umschüler, die vom Berufsausbildungsförderungsgesetz bzw. Arbeitsförderungsgesetz bisher profitiert haben und nun mit stark gekürzten Beiträgen bzw. weitgehend mit Darlehen auskommen müssen.

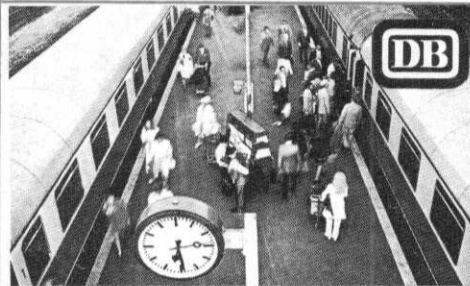
In fast allen Bereichen soll drastisch gespart werden. Der Haushalt des Städtebauministeriums soll um 7,5%, der des Bildungsministeriums um 11,4% und der für "wirtschaftliche Zusammenarbeit" um 15,3% gegenüber den Ansätzen des Vorjahres zurückgehen - und das bei einer 6%igen Inflationsrate. Das Wohngeld wird durch den Entfall der Anpassung an die Einkommens- und Mietentwicklung im nächsten Jahr zurückgehen, in zahlreichen weiteren Gebieten wie öffentlicher Dienst und Landwirtschaft wird ebenfalls kräftig gekürzt.

Obwohl die angekündigten Maßnahmen, die ja nur ein erster Schritt sind und denen in den nächsten Monaten noch weitere folgen werden, in erster Linie die kleinen Steuerzahler und Einkommensbezieher, also Millionen von Arbeitern, Rentnern, Auszubildenden trifft, gab sich die Kapitalistenklasse keineswegs zufrieden mit den Kürzungsmaßnahmen. Sie will die Arbeiter noch mehr zur Kasse bitten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie roch Blut und stöhnte: "...Folge wird eine neue Kostenbelastung der Unternehmen sein...". Der Bundesverband Deutscher Banken meinte, der Spielraum privater Investitionen sei zu sehr eingeengt. Ein Verbandsprecher sagte, die öffentliche Ausgabenexpansion müsse in den kommenden Jahren noch weiter zurückgeführt werden. "Ausgabenexpansion zurückführen" - das kann nur heißen: weniger Sozialleistungen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Bildungsmöglichkeiten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

CDU/CSU

Die CDU, die Hauptpartei des Großkapitals, drückte in ihren Stellungnahmen klar und deutlich aus, was die Arbeiter von ihr zu erwarten haben, falls sie wieder an die Regierung kommen sollte:

* Fortsetzung Rückseite



NEIN ZUM ABBAU

Jeder weiß, daß die Bahn in den letzten Jahrzehnten ständig abgebaut und vernachlässigt wurde. Die Verkehrspolitik konzentrierte sich auf den Ausbau der Straßen und Autobahnen. Der Leber-Plan, der eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene vorsah, scheiterte 1968 am Widerstand der Fuhrunternehmer und Automobilkonzerne. Und jetzt sollen die Arbeiter die Zeche bezahlen!

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat ihren scharfen Widerstand gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen angekündigt. Die Privatisierungspläne seien nur auf eine bessere Absatzlage der Lastwagen- und Omnibushersteller ausgerichtet, erklärte die Gewerkschaft. In Landshut (Bayern) meinte der Kollege Vachener vom Bezirksvorstand: "Warum beginnt man nicht weiter oben mit den Einsparungen, indem man beispielsweise die Führungsspitze der Bundesbahn strafft und Vorstandsmitglieder, die sowieso keinen Anklang finden, entfernt? Statt dessen will man wieder einmal auf dem breiten Rücken der Bediensteten experimentieren, wobei man sich nicht scheut, auch Versorgungs- und andere Leistungsbezüge in die Einsparungsüberlegungen einzubeziehen!"

Die Mehrzahl der Eisenbahner hat 1972 die SPD gewählt. Im Dortmunder Wahlprogramm können wir nachlesen: "Die Eisenbahn ist das umweltfreundlichste, sicherste und kostengünstigste Verkehrsmittel nicht nur im Personennah- und -fernverkehr, sondern vor allem auch im Güterfernverkehr. Der Güterfernverkehr soll daher soweit wie möglich auf der Schiene erfolgen. Dazu muß der Ausbau des Schienenverkehrs in den Hauptverbindungsachsen verstärkt vorangetrieben werden."

Wir stehen zu diesen Zielen, heute wie damals!

KONTROLLE

Die Erfahrung mit der Bundesbahn zeigt, daß in einer "Mischwirtschaft" die öffentlichen Sektoren immer noch sich dem Profitgrundsatz des Kapitalismus unterordnen müssen. Im Interesse der großen Bevölkerungsmehrheit darf es aber nicht um Rentabilität, sondern es muß um die bestmögliche, bequemste und schnellste Art der Fortbewegung gehen. Dafür müssen alle Verkehrsbereiche, also auch und hauptsächlich die Automobilkonzerne, Flugzeugindustrie etc. verstaatlicht werden. Staatsbürokraten, die nicht die Interessen der Bahnbediensteten und Arbeiter insgesamt vertreten, müssen durch von den Arbeitern zu wählende Vertreter ersetzt werden, die natürlich jederzeit obberufbar sind und nur einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen. Unter Kontrolle der Arbeiter und Mitwirkung aller anderen betroffenen Bevölkerungsschichten könnte dann ein bundesweiter Verkehrsplan aufgestellt werden, der wirklich den Arbeitern zugute kommt.

- Kein Schienen- und Personalabbau bei der Bundesbahn, sondern weiterer Ausbau des Personen- und Güterverkehrs!
- Beseitigung aller Schulden durch Verstaatlichung der Banken und Kreditinstitute!
- Die Bundesbahn unter Kontrolle von demokratisch gewählten Gremien der Bahnbediensteten!
- Verstaatlichung des gesamten Verkehrswesens einschließlich der Automobilkonzerne, Straßenbaufirmen etc.
- Kontrolle des gesamten Verkehrswesens und Aufstellung eines bundeseinheitlichen Verkehrsplans durch einen Aufsichtsrat, dem zu je einem Drittel Vertreter der Bundesregierung, der Gewerkschaften des DGB und der betroffenen Arbeiter angehören!
- Für eine sozialistische Verkehrspolitik!

Ein Schaffner zu VORAN!:"Die sparen am falschen Platz. Die sollten erst mal die Privilegien der höheren Beamten und der Führungsspitze der Bundesbahn kürzen."

Die in den letzten Wochen bekanntgegebenen Pläne zum Abbau von Strecken und Personal bei der Deutschen Bundesbahn schrecken nicht nur die unmittelbar betroffenen Bahnbediensteten, sondern auch viele auf die Bundesbahn täglich angewiesene Arbeiter auf.

Das gegenwärtig 29 000 km umfassende Netz soll nach 3 Alternativmodellen auf 15 000, 10 000 oder gar 6 000 km rigoros zusammengestrichen werden. Das hieße Abbau des Personals von gegenwärtig über 400 000 auf 250 000, 170 000 oder nur 100 000 Beschäftigte. Bundesbahn-Präsident Vaerst, SPD-Mitglied, will ein "betriebswirtschaftlich zu betreibendes Streckennetz, das durch Streckenstilllegungen und Automation erlaubt, hohe Personalkostenanteile abzubauen und ein gesundes Mischverhältnis von Personalkosten und Kapitalkosten zu erreichen." Also soll nun auch die Bundesbahn auf Kosten der Bahnbediensteten und der Bewohner ländlicher Gebiete zu einem profitablen Wirtschaftssektor gemacht werden. Auch das öffentliche Verkehrswesen muß Gewinn abwerfen, sonst taugt es nichts!

Vorwand für die Kürzungen sind die Defizite, die 1975 auf 8 bis 10 Milliarden ansteigen. Der Löwenanteil davon fließt den Banken in Form von Zinsen zu. Aber anstatt dies offenzulegen, beugen sich die SPD-Verkehrspolitiker den Unternehmern.

"An sich ist der Verwaltungsrat so etwas wie der Aufsichtsrat eines Unternehmens. Dieser hat aber ausschließlich die Interessen des Unternehmens zu berücksichtigen. Davon habe ich bisher nichts gemerkt", sagt Hans-Günter Sohl, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Mitglied des Bundesbahn-Verwaltungsrates. Sohl vertritt die Interessen der Großkonzerne, nicht die der Mehrheit der Bevölkerung. Die Bundesbahn, so sagt er, soll auf keinen Fall das Bedürfnis der Menschen nach rascher und bequemer Fortbewegung erfüllen, sondern muß auf jeden Fall Profit abwerfen, natürlich auf Kosten der Fahrgäste, die jedes Jahr mehr für ihre Fahrkarten zahlen sollen, auf Kosten derer, die in einem abgelegenen Gebiet wohnen und nach Verwirklichung der Stilllegung zahlreicher Strecken 100 km oder mehr zurücklegen müßten, um zum nächstgelegenen Bahnhof zu gelangen. Sohl selbst kennt diese Probleme wohl nicht! Er kennt nur das Interesse der Großkonzerne, Waren mit der Bahn zu günstigen Tarifen von einem Industriezentrum in das andere zu transportieren!

Der Verband der Automobilindustrie hat Anfang September klar und deutlich gesagt, wie sich die Automobilkonzerne eine "Reform" der Verkehrspolitik vorstellen. Der Verband verlangte eine Privatisierung bestimmter Bereiche des Personen- und Güterverkehrs, der Stückgutverkehr solle vollständig auf die Straße verlagert werden, ebenso sollten weite Bereiche im Busverkehr von Bahn und Post privatisiert werden! Also sollen die profitablen Bereiche des Verkehrs ruhig privatisiert werden, um den Rest soll sich der Staat kümmern. Da der Staat aber mit seinen verringerten Einnahmen das riesige Defizit der Bahn kaum mehr decken kann, muß er nun "rationalisieren".

Obwohl wir in wichtigen Fragen anderer Meinung sind, glauben wir, daß das ab-

'Schlafender RIESE'

gedruckte Interview einen wertvollen Eindruck von der Stimmung unter der Arbeiterschaft gibt. - DIE REDAKTION

Interview mit einem jungen Facharbeiter (Mechaniker); metallverarbeitender Betrieb mit mehreren tausend Beschäftigten in Süddeutschland; SPD-Mitglied, Juso, IG-Metall-Mitglied.

FRAGE: Was verdienst du, und wie sind die Löhne im allgemeinen in deinem Betrieb?

ANTWORT: Bisher, in meinem alten Betrieb, habe ich zusammen mit Leistungszulage und außertariflichen Zulagen ca. 9 DM Stundenlohn erhalten. Der Tariflohn war nur 7,59 DM.

FRAGE: Woher kommen die Zulagen?

ANTWORT: Die Zulagen sind freiwillige Zugeständnisse der größeren Betriebe. Sie sind in dem großen Wirtschaftsaufschwung nach dem Kriege gewährt worden, als die Arbeitskräfte knapp waren. Aber die Bosse können sie nicht plötzlich wieder auf einen Schlag streichen, weil die Arbeiter zur Zeit noch zu stark sind. Das kann ja noch kommen. Es fängt schon an: In einigen Branchen werden jetzt viele Stellen nur zum Tariflohn angeboten. Viele Arbeiter lehnen diese ab, weil das eine schlechtere Bezahlung darstellen würde, als sie vorher erhalten haben. Aufgrund der relativ guten Arbeitslosenversicherung ist das möglich.

FRAGE: Wie groß sind die Unterschiede in den Tariflöhnen?

ANTWORT: Es gibt 12 verschiedene Tariflohngruppen. In den Leichtlohngruppen sind vor allem Frauen. Die Gewerkschaften haben schon einen sehr langen Kampf dagegen geführt, aber noch keinen vollen Erfolg erzielt.

FRAGE: Wie wirken sich diese Lohnunterschiede auf den Zusammenhalt der Arbeiter aus?

ANTWORT: Wenn es darauf ankommt, haben unterschiedliche Löhne keine Auswirkungen auf die Solidarität der Arbeiterklasse, obwohl die Bosse das natürlich ausnutzen wollen, um die Einheit zu spalten.

FRAGE: Wie sieht es in eurem Betrieb mit Lehrstellen aus?

ANTWORT: Über meinen jetzigen Betrieb kann ich nichts sagen, ich bin noch nicht lange da. Aber im allgemeinen: sehr schlecht! Ich möchte ein Beispiel erzählen: In meinem früheren Betrieb war ich der letzte Lehrling, der überhaupt ausgebildet wurde. Das war vor eineinhalb Jahren. Vorher wurden während der Lehrzeit von dreieinhalb Jahren - solange dauert die Ausbildung zum Mechaniker - jeweils 15 Lehrlinge ausgebildet, noch früher sogar 50! Die kleineren und mittleren Betriebe, die sowieso in sehr großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, können eine sachgerechte und moderne Ausbildung einfach nicht mehr gewährleisten.

FRAGE: Was hältst du von den Gewerkschaften; bist du Mitglied?

ANTWORT: Natürlich bin ich organisiert! In meiner Abteilung sind ca. 75% organisiert. Aber ich finde, die Gewerkschaftsführer sollten bei Verhandlungen manchmal härter sein.

FRAGE: Meinst du, das kommt daher, daß die Gewerkschaftsführer ein höheres Einkommen haben als durchschnittliche Arbeiter?

ANTWORT: Ja, das könnte eine Rolle spielen. Ich habe z.B. gelesen, daß der Vorsitzende der IG-Metall, Loderer, ca. 5 000 DM im Monat hat. Ein Boß in der freien Wirtschaft mit ähnlicher Verantwortung verdient aber weitaus mehr. Ich meine aber, wenn einer als Vertreter der Arbeiterklasse handeln will, soll er auch einen durchschnittlichen Lohn erhalten. Weshalb soll einer, der ein guter Kämpfer für uns sein will, Privilegien haben? Wir haben doch auch keine! Wenn er natürlich Überstunden macht, soll er die durchschnittlich bezahlt kriegen, das ist nur gerecht, oder bei notwendigen Reisespesen.

FRAGE: Wie stehst du zu den drastischen Einsparungsmaßnahmen, die die Regierung kürzlich angekündigt hat?

ANTWORT: Der Staat muß halt sparen, weil er kein Geld mehr hat.

In den kommenden Monaten steht die Arbeiterklasse landauf landab vor dem Problem, den bedrohten Lebensstandard zu verteidigen und auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Nicht nur die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffenen Familien, die schon den "Gürtel enger schnallen" müssen, können keine Verbesserung ihrer Lage erwarten, sondern alle Arbeiter und Angestellten sollen nach dem Willen der Unternehmer und ihrer politischen Sprecher auf einen Einkommenszuwachs über Jahre hinweg verzichten.

Führende Vertreter der Großindustrie, bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler und die Sprecher der Unternehmerpartei CDU und FDP sind sich alle darüber einig, daß die Arbeiter auf gar keinen Fall einen Lohnzuwachs erhalten sollen.

LEBENSSTANDARD VERTEIDIGEN !

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Schleyer, stellte auf einer Sitzung des BDA-Präsidiums am 17. September fest, daß die kommenden Tarifabschlüsse erheblich unter denen des laufenden Jahres liegen sollen. Ein voller Ausgleich der Inflationsrate widerspreche dieser Notwendigkeit. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung sprach sich in einem Konjunkturbrief für eine Lohnsteigerungspause aus. Nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP, Graf Lambsdorff, müssen die Arbeiter und Angestellten "nicht nur 1976, sondern auch in den nächsten Jahren Einkommensverluste schlucken".



All diese Herren, die hier großspurig und arrogant von den Arbeitern verlangen, weniger Einkommen hinzunehmen, sind natürlich nicht bereit, selbst ihre Ansprüche zurückzustecken. Aber die "überhöhten Lohnkosten", so sagen sie, würden "unsere" Wirtschaft ruinieren! Dabei hat das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss vor Gewerkschaftsvertretern in Neckarsulm zu recht darauf hingewiesen, daß 1974 52% aller Arbeiter und sogar 94% aller Arbeiterinnen netto weniger als 1000 Mark monatlich verdient haben. Ist das für die Bosse "zuviel" und "unerträglich"?

Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) hat am Rande der Frankfurter Automobilmesse Arbeiter und Gewerkschaften zu dem aufgerufen, was er "tarifpolitische Vernunft" nennt. Er bezeichnete die Forderung nach 8% Lohnerhöhung, die von der IG Metall für die eisenschaffende Industrie Nordrhein-Westfalens gestellt

wurde, als unvereinbar mit der Notwendigkeit eines fundierten Aufschwungs. 8% Lohnerhöhung, eine sehr mäßige Forderung, würden jedoch bei weitem nicht ausreichen, um den Lebensstandard zu halten. Jeder Arbeiter weiß, daß es bei den neuen Tarifabschlüssen nicht nur um einen Ausgleich für die 6 bis 7%ige Inflationsrate geht. Die Steuerprogression wird mindestens ein weiteres Prozent schlucken, eine Erhöhung der Sozialabgaben um mindestens 2% steht an. Darüber hinaus werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht, und die Unternehmer werden ganz sicher versuchen, ihren Anteil voll auf die Arbeiter abzuwälzen. Das Handelsblatt hat errechnet, daß eine Lohnerhöhung von 10% bestenfalls die gegenwärtige Kaufkraft der Arbeiter sichern kann.

Profite sind ja, wie Marx schon sagte, die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. Und so sprach denn der Bundesverband Deutscher Banken von einer "jahrelangen Kumulation von Belastungen der Unternehmen durch Löhne, Sozialabgaben, Steuern, Energie- und Rohstoffkosten, die den Investitionsspielraum entscheidend eingeengt" hätten. Weit wichtiger als Stützungsprogramme sei deshalb die Lohnpolitik, die ausreichenden Spielraum für die Unternehmenserträge lasse. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Kloten, umriß das Ziel für die Kapitalisten:

"Es muß 1976 gelingen, nicht nur die Gewinnerwartungen für Investoren zu verbessern, sondern auch schon konkret die Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinneinkommensbezieher aufzubessern."

Wie immer sind es die Arbeiter, die in der "sozialen Marktwirtschaft" für die Krisen und Mängel des Systems bezahlen müssen - dies wird dann von den Bossen als ein "Beitrag zur Stabilität" bezeichnet. Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch Anarchie der Produktion und Überproduktion, die sich regelmäßig anstaut. Daher muß die Produktion gedrosselt werden, bis die Lagerbestände wieder abgebaut sind und die Märkte wieder die Waren aufnehmen. Bezeichnend für die ungläubliche Verschwendung menschlicher und technischer Ressourcen ist die Tatsache, daß in allen miteinander konkurrierenden Großkonzernen ungeheure und riesige Kapazitäten aufgebaut wurden, von denen ein beachtlicher Teil jetzt brachliegt.

Nach einer Untersuchung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung liegt die durchschnittliche Kapazitätsauslastung bei den Investitionsgüterindustrien bei 79%, im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ist die Auslastung auf ein seit 1960 nicht erreichtes Minimum gesunken. Der Chemiekonzern Bayer/Leverkusen gab bekannt, daß bei ihm die Kapazitätsauslastung in vielen Bereichen nur bei rund 50% liegt! Ähnliche Meldungen kommen auch von den anderen Chemiegegnanten, so daß hier offensichtlich wird, daß bei einer sinnvollen, geplanten Produktion die Kapazität eines Konzerns ausreichen würde, um die Versorgung mit Chemieprodukten zu gewährleisten. Die Investitionen gehen beachtlich zurück, bis die Kapitalisten wieder Vertrauen in ihre Wirtschaft haben. Sie investieren ja nicht, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern um Profite zu machen. Sind die Aussichten auf möglichst große Profite und einen guten Absatz ungünstig, so wird jeder kluge Kapitalist sich bei Investitionen zurückhalten oder sein Kapital in Sachwerten anlegen. Die gegenwärtige Krise ist weiter gekennzeichnet durch stark zurückgegangene oder zumindest angegriffene Profite. Nach einer Statistik der FAZ vom 31.7.75 betrug von je 100 DM Umsatz der Gewinn 1973 noch 2,41 DM, 1974 2,11 DM und wird nach Schätzungen 1975 bei 1,85 DM liegen. Die Bayer AG berichtete, daß ihr Gewinn vor Steuern in den ersten 6 Monaten gegenüber dem ersten Halbjahr 1974 um 54% auf 225 (vorher 489) Mio. DM zurückgegangen ist. Profite können aber nur vorübergehend "stabilisiert" werden, wenn der Anteil der Arbeiter am Arbeitsertrag wieder gesenkt wird. Erst dann werden die Kapitalisten wieder bereit sein, zu investieren.

Genscher, Außenminister und FDP-Vorsitzender, hat darauf hingewiesen, daß es die Rolle des Staates ist, die von den Arbeitern geleisteten Steuerzahlungen in Form von direkten Subventionen oder Steuererleichterungen den Kapitalisten wieder zurückzugeben: "Auch wenn es mancher nicht gerne hören mag; neben den Willen, eine gesamtwirtschaftlich tragbare Staats- und Lohnquote zu erreichen, muß auch die Bereitschaft treten, über mittelfristig wirkende steuerliche Investitionsanreize zu sprechen."

Der Monatsbericht der Bundesbank vom 18. September stellte fest: "...aber zu ausgeprägt ist nach wie vor die Ertragsklemme, die neue Investitionsvorhaben oftmals unrentabel erscheinen läßt..." und ermahnte die "Sozialpartner" zu einer "insgesamt zurückhaltenden Lohnpolitik". Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zeigte auf, unter welchem Druck die Bundesregierung in den nächsten Monaten stehen wird: "Sollte sich in den nächsten Monaten die Investitionsneigung immer noch nicht bessern, wird die Koalition hier Abhilfe schaffen müssen. Dies hätte für die Unternehmen neben dem materiellen vor allem einen psychologisch wichtigen Effekt: Es wäre ein Zeichen, das Vertrauen wecken kann."

SPD muß für die Arbeiter handeln !

Helmut Schmidt hat sich dem Druck des Kapitals und seines Vertreters im Kabinett, der FDP, offensichtlich gebeugt, als er in einem Interview in Bonn erklärte, daß die Bundesbürger 1976 in der Regel auf Einkommenszuwächse verzichten müßten. "Die Quote der Unternehmensinvestition muß nämlich steigen, das heißt natürlich, daß die Lohnquote nicht gleichzeitig steigen kann." Haben die Arbeiter 1972 für die SPD gekämpft, damit sie jetzt aus dem Munde von Helmut Schmidt die altbekannten Maßhalteparolen zu hören bekommen? Haben sie die SPD gewählt, um weiterhin unter den Folgen der kapitalistischen Krise zu leiden?

Zahlreiche Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsführer haben durch ihre Stellungnahme gezeigt, daß viele Kollegen jetzt nicht mehr bereit sind, die Gelackmeierten zu sein. Die Gewerkschaften haben mit Empörung auf die Aussage von Friderichs reagiert, 8% Lohnforderung seien zuviel. DGB-Vorstandsmitglied Martin Heiß stellte fest, daß sich Friderichs offenbar für die Interessen der Arbeitgeber entschieden hat.

*Fortsetzung auf Seite 7

FRAGE: Werden die Arbeiter gegen die Einsparungen und die Erhöhungen von z.B. Mehrwertsteuer, Arbeitslosenversicherung, Nahverkehr usw. kämpfen?

ANTWORT: Ich persönlich glaube, daß viele Arbeiter dies widerspruchslos oder auch murrend akzeptieren werden. Deshalb erwarte ich keinen großen Kampf. Ich glaube nicht, daß es gleich einen Generalstreik geben wird. Die Preiserhöhung im Nahverkehr trifft Schüler etc. hart, die die öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen. Ich habe z.B. gehört, daß wegen der kürzlichen Erhöhungen beim SSB (Stuttgarter Straßenbahnen) eine 4köpfige Familie um ca. 50 DM mehr im Monat belastet wird, wenn die Familienmitglieder auf die Straßenbahnen angewiesen sind. Dies geht dann vom Lebensstandard ab. Die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung zahle ich gern, weil ich glaube, daß man arbeitslosen Kollegen helfen muß.

FRAGE: Hältst du es für richtig, daß die Arbeiter für die Fehler des Kapitalismus bezahlen müssen - etwa Arbeitslosenversicherung?

ANTWORT: Es wäre richtig, daß es der Kapitalismus, die Betriebe übernehmen, aber Betriebe zahlen ja jetzt auch mehr, da sie zu 50% an der Arbeitslosenversicherung beteiligt sind.

FRAGE: Aber die Betriebe werden dies doch abwälzen?

ANTWORT: Dies ist dann ein Angriff auf den Lebensstandard. Wir müssen deshalb bei der nächsten Lohnverhandlung mehr fordern. Am 1.1.76 läuft der gültige Tarifvertrag aus.

FRAGE: Wie wird die Lohnverhandlung sein?

ANTWORT: Es wird eine harte Lohnverhandlung geben. Auch mit Streik, wenn er notwendig ist.

FRAGE: Wie wird die Gewerkschaftsführung sich verhalten?

ANTWORT: Die Gewerkschaftsführung muß für höhere Tarife sein, weil letztes Mal nur 7,5% herausgekommen sind und

dies schon ein genügender Beitrag der Arbeiter zur Stabilität ist.

FRAGE: Sind die Arbeiter weiter bereit, zurückzustecken?

ANTWORT: Nein, sie sind nicht bereit.

FRAGE: Wie schätzt du die Kampfkraft und Stärke der Arbeiterklasse ein?

ANTWORT: Die Arbeiterklasse ist momentan wie ein schlafender Riese, und ich hoffe, daß er bald aufwacht. Ich persönlich kann nur mit Kollegen diskutieren und sie auf Mißstände hinweisen.

FRAGE: Was hältst du von den Jusos, welche Rolle haben sie in SPD und Arbeiterbewegung?

ANTWORT: Die Jusos müssen vor allem mehr Arbeiter für ihre Ideen und in ihre Reihen bekommen. Ich, wie gesagt, kann nur mit den Leuten diskutieren. Aber die Jusos müssen vom intellektuellen Haufen wegkommen und sich mehr mit den Problemen der Arbeiter befassen.

Voran

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!

ÜBERREGIONALE, MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Sonderbeilage zum Orientierungsrahmen

Einzelpreis 20 Pf

DER SOZIALISMUS IST MÖGLICH UND NÖTIG

Erinnern wir uns: Vor genau 100 Jahren hatte der Gothaer Parteitag der SPD die "Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft" gefordert. Vor genau 50 Jahren war auf dem HEIDELBERGER Parteikongress von "Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum" und von "Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische" die Rede und war festgestellt worden: "Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen."

Im Prager Manifest der SPD von 1934 können wir nachlesen: "Vergesellschaftung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft."

1975, so können wir im Orientierungsrahmen nachlesen, wird nun ein Papier vorgelegt mit dem Anspruch, auf der Grundlage des Godesberger Programms von 1959 der Partei und der Öffentlichkeit klarzumachen, was für Probleme anstehen und welche Lösungsmöglichkeiten dazu vorhanden sind. Damit wollen die Verfasser uns nahelegen, daß uns heute einzelne isidierte Probleme gegenüberstehen, die man dann mit einzelnen dementsprechenden Maßnahmen lösen kann. Man könnte daraus den Trugschluß ziehen, daß das Hauptproblem der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung heute gar nicht mehr bestehe, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln gar nicht mehr ein grundsätzliches Übel ist, daß die Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben und nach Aussage des Godesberger Programms "eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, entegener Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit" zu verantworten haben, heute gar nicht mehr wirken bzw. unschädlich gemacht wurden.

Durch Reformen soll, wie es im Orientierungsrahmen heißt, die Gesellschaft in Richtung auf "Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität" verändert werden. "Freiheit" für wen? "Freiheit" für den Arbeiter, seine Arbeitskraft "frei" auf dem Markt zu verkaufen? "Freiheit" für den Unternehmer, Arbeiter zu beschäftigen und zu entlassen und in "freier" Atmosphäre sich auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung zu bereichern? "Freiheit" für wenige hundert Großkonzerne und Großbanken, über unser aller Lebensbereiche "frei" zu bestimmen? Was bedeutet "Gerechtigkeit"? Soll jeder einen "gerechten" Anteil am Arbeitsertrag erhalten? Was trägt der Unternehmer zur Arbeit bei? Wessen "Solidarität"? Ist es die vielbeschworene "Solidarität der Bürger" (sprich: Arbeiter), von der Politiker insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten zu sprechen pflegen und womit sie meinen, daß die Arbeiter ihre Anforderungen zurückschrauben und ihren Lebensstandard einschränken sollen, um im Interesse des "Gesamtwohls" zu handeln? Wollen wir ein Mehr an solcher "Solidarität"?

KRISE

In der Tat zeigt die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik wie international erneut in aller Schärfe die Notwendigkeit einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In allen westlichen kapitalistischen Ländern sieht man die höchste Arbeitslosenrate seit Jahrzehnten, dazu frißt die Inflation den von den Arbeitern mühsam errungenen Lebensstandard mehr und mehr auf, die kapitalistische Produktion auf der Grundlage des Profits alleine läßt die Anforderungen an ein menschenwürdiges Leben weitgehend unberücksichtigt. Notwendige Reformen werden in allen Ländern auf nicht absehbare Zeit verschoben, soziale Leistungen werden plötzlich zu Luxusgütern.

Selbst Schweden mit einer immer noch relativ stabilen Wirtschaft zeigt alles andere als "sozialistische" Kennzeichen, wie es manche immer noch glauben. Auch in Schweden können Reformen nicht mehr finanziert werden, die Kindergartenreform etwa muß auf der Strecke bleiben, Benachteiligte leiden besonders hart unter den Sparmaßnahmen. Viele Familien in Stockholm sind auf staatliche Sozialhilfen angewiesen, um überhaupt ihre Miete noch bezahlen zu können, die Reform des Gesundheitswesens ist nur möglich, wenn die Arbeiter auf einen höheren Lebensstandard verzichten.

Wie brüchig die Grundlage für die Reformen ist, sieht man gleich unter "Vorbemerkungen", wo die Verfasser des OR die Verwirklichung der aufgezeichneten Pläne und Reformvorhaben in Frage stellen. Sie müssen ganz offen eingestehen, daß der erste Entwurf des Orientierungsrahmens ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent bis 1975 und von 5 Prozent ab 1975 zur Grundlage gehabt hatte und jetzt mit einem "geringeren Wachstum" zu rechnen sei - "zunächst" !! In der Tat beträgt das Wachstum der BRD-Wirtschaft gegenwärtig 0 Prozent!

Damit wird knallhart und klar die Problematik von sozialdemokratischen Langzeitprogrammen überhaupt offengelegt. Der Versuch, auf der Grundlage unserer kapitalistischen Wirtschaft mit all ihren Schwankungen und Krisen ein detailliertes langfristiges Reformprogramm aufzustellen und zu verwirklichen, muß zwangsläufig an der Realität scheitern. Wie will man auf Jahre hinaus Veränderungen und Reformen vorherplanen, wenn man die Entwicklung der Wirtschaft nicht im Griff hat, nicht vorhersehen kann und bei jeder wirtschaftlichen Wende ohne Antwort dasteht? Wenn man das mit viel Mühe und Sorgfalt ausgearbeitete Programm als wertlose Utopie wegwerfen muß? Der erste Orientierungsrahmen ging von einem garantierten stetigen Wirtschaftswachstum bis 1985 aus und verwarf die Warnungen der Marxisten, daß die kapitalistische Wirtschaft regelmäßig in eine Krise gerät, der Absatz stockt, das Wachstum stagniert oder sich in einen Rückgang umwandelt, und damit alles Reformvorhaben in Frage gestellt werden. An dieser Tatsache die von dem Bestehen des Kapitalismus nicht zu trennen ist, können die klügsten bürgerlichen Ökonomen nichts ändern. Wer ja zum Kapitalismus sagt, der sagt ja zu Krise, Arbeitslosigkeit, Schwankungen, der sagt nein zu einem langfristigen Programm von Reformen im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung, nein zum Kampf um eine menschlichere Gesellschaft.



Sozialismus

Im Abschnitt "Ziele des demokratischen Sozialismus" steht der Satz: "Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe." Bedeutet das, daß man zwar immer von Sozialismus reden kann, bei Jubiläumsfeiern für Karl Marx (Trier 1968), Friedrich Engels, Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bei Parteikonferenzen und Maidkundgebungen, daß man jedoch in der politischen Praxis zu dem Schluß kommt, das Erbe längst verstorbener sozialdemokratischer Führer sei zwar schön und gut, aber unter den heutigen "Sachzwängen" und in einem gewandelten Kapitalismus müsse man sich darauf beschränken, mühsame Kleinarbeit zu machen und dem "nie erreichbaren Ziel" vielleicht einige Millimeter näherzukommen. Der Sozialismus war schon vor 100 Jahren Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, ebenso wie 1914, als die SPD-Parlamentarier die Kriegskredite bewilligten, 1919, als der Berliner Polizeipräsident und sozialdemokratische Noske sich als "Bluthund" zur Niedermetzelung kämpfender Arbeiter anbot, 1933, als die SPD-Führung nichts gegen die faschistische Mächtigergreifung unternahm und sogar Jungsozialisten, die sich gegen die Faschisten wehren wollten, ausschloß, 1945, als die Arbeiter nach dem Ende des Faschismus einer sozialistischen Neubeginn forderten und nicht zuletzt 1972, als die mobilisierte Arbeiterklasse in der BRD die SPD zur stärksten Partei machte und sich von unserer Partei eine bessere Zukunft versprach.

1975 sind wir dem Sozialismus immer noch keinen Schritt nähergekommen. Wollen wir ihn gar nicht erreichen? Weshalb haben wir ihn noch nicht erreicht? Soll der Sozialismus, für den Generationen von alten Kämpfern sich eingesetzt und oft zu Tausenden ihr Leben gelassen haben, eine dauernde Aufgabe bleiben, also auch in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten nicht mehr sein als eine Utopie?

Eine Begründung, die auf das Motto "Das geht so oder so nicht!" hinausläuft, finden wir auf Seite 16 des OR: "Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück werden auch in einer freieren, gerechteren und humaneren Gesellschaftsordnung zum Leben der Menschen gehören."

Also ist der Mensch nun einmal so, er wird es immer bleiben, am Menschen wir sowieso alles scheitern? Also sind Furcht, Mißtrauen, Vorurteil und mangelnde Einsicht des Menschen schlechthin daran schuldig, wenn Kriege menschliche Kultur zerstören, wenn ungeheure Möglichkeiten und Ressourcen durch Rüstung und unzureichend ausgenutzte Kapazitäten verschwendet werden, wenn zwei Drittel der Menschheit hungern und im Elend leben, wenn Abermillionen von Menschen an gesundheitsschädlichen, abtumpfenden Arbeitsplätzen beschäftigt sind? "Grenzen, die grundsätzlich überhaupt nicht überschritten werden können" - das kommt einem grundsätzlichen Aufgeben der sozialistischen Zielsetzung gleich. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Sprachrohr der Kapitalisten, stellte in einem Leitartikel am 16.9.75 unter der Überschrift "Langzeitpolitik, Kurzzeit-Entschlüsse" fest:

Die Pointe ist dabei, daß Schmidt in gewissem Maße den Orientierungsrahmen auf seiner Seite hat. Denn im Gegensatz zu seinem Vorgänger, jenem Langzeitprogramm, das die gesellschaftliche Entwicklung so hurtig mit den Steigerungsraten

Wie kann sozialdemokratische Politik dies verhindern? Diese Situation ist nämlich eingetreten. Stand die SPD-Führung nicht ohnmächtig dabei und hat den baldigen Aufschwung beschworen?

Für den Fall eines verringerten Wirtschaftswachstums wird von schwerwiegenden Problemen der Durchsetzung von Reformen gesprochen:

Dabei können schwerwiegende Probleme der Durchsetzung entstehen. Der Widerstand der Privilegierten wird um so erbitterter sein, je weniger Maßnahmen aus einer Neuverteilung von Zuwächsen finanziert werden können. Je mehr sie also aus einer Umverteilung von Beständen finanziert werden müssen.

Natürlich werden sich alle Privilegierten, im Klartext Kapitalisten, wehren, wenn ihr Besitz zugunsten von Reformen für die Arbeiterklasse angegriffen wird. Die chilenische Erfahrung hat gezeigt, wozu die Privilegierten fähig sind, wenn man ihre Besitzstände umverteilen will. Wir erinnern an das Verhalten des Großkapitals gegen Ende der Weimarer Republik, als sie die NSDAP mit allen Mitteln unterstützten, um mit der organisierten Arbeiterklasse der SPD, KPD, des ADGB blutig abzurechnen.

Die deutschen Kapitalisten sind heute nicht anders und werden sich in einer solchen Situation in Zukunft nicht anders verhalten.

Der Orientierungsrahmen stößt in seiner Argumentation weiter vor zu der Feststellung, daß Wachstum Investitionen erfordert:

Die realen gewerblichen Bruttoanlageinvestitionen müssen zumindest in den nächsten Jahren überdurchschnittlich zunehmen, wenn eine angemessene Wachstumsrate erreicht werden soll.

Gerade dies werden sie aber wahrscheinlich nicht tun!

Investitionen in der kapitalistischen Wirtschaft sind ein Ausdruck von guten Gewinnerwartungen. Ein Kapitalist wird sein Geld nur dort investieren, wo er mit "angemessenen" Profiten rechnen kann. Die Profite sind jedoch gerade in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Kapitalisten werden deshalb versuchen, durch Lohnkürzungen, also direkte Angriffe auf die Arbeiter, und durch Angriffe auf Sozialleistungen das alte Niveau der Profite wieder zu erreichen. Investitionszurückhaltung der Unternehmer bedeutet zu schlechte Profitaussichten. Profite sind aber nichts anderes als die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. In einer Rezession können Profite deshalb nur auf Kosten der Arbeiterklasse erhöht werden. Investitionen werden erst wieder zunehmen, wenn günstige Profiterwartungen vorhanden sind, das heißt nach der Krise oder wenn die Löhne stagnieren, Reformen und Zugeständnisse an die Arbeiterklasse wieder abgebaut werden. Reformpolitik verwandelt sich in der Periode der kapitalistischen Krise in ihr Gegenteil: REFORMEN WERDEN ZU KONTERREFORMEN, KÜRZUNGEN etc.

Das angemessene Wachstum wird nur möglich sein, wenn wir in Zukunft den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung von unkontrollierbaren Störungen, insbesondere auch von Einbrüchen oder Übersteigerungen in der inländischen Nachfrage nach Konsumgütern, freihalten können. Dabei kommt den Tarifpartnern eine Schlüsselrolle zu.

Im Klartext: Die Gewerkschaften sollen darauf achten, daß die Kaufkraft der Arbeiter nicht zu groß wird, das heißt die Löhne nicht zu sehr steigen.

Wie hilf- und konzeptionslos die Verfasser des Orientierungsrahmens dem internationalen Problem des Kapitalismus gegenüber stehen, zeigen folgende Zitate: Als wirtschaftliche Bedingung für ein angemessenes Wachstum wird aufgeführt....

Unsere wichtigen Handelspartner verzichten auf handelsbeschränkende Maßnahmen zur Bereinigung ihrer defizitären Handelsbilanzen. Ein "Handelskrieg" hätte auf unsere Volkswirtschaft unvorhersehbare Auswirkungen.

An anderer Stelle wird gesagt:

Auf allen Ebenen der internationalen Politik muß sich die Bundesrepublik darum bemühen, das Abgleiten der Weltwirtschaft in Rezepten zu verhindern. Hierfür gibt es keine

Wenn es welche gäbe, hätten die westlichen Regierungen sie schon längst eingesetzt!

Diese Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Das Ende des Nachkriegsaufschwungs hat auch alle Hoffnungen auf eine wirtschaftliche und politische Einigung Europas unter kapitalistischen Vorzeichen zerstört. Gerät der Kapitalismus in die Krise, so ziehen sich die einzelnen nationalen Kapitalisten immer in ihren Nationalstaat zurück, verlassen sich allein auf ihren nationalen Staatsapparat und verteidigen ihren eigenen Markt gegen ihre ausländischen Konkurrenten.

Ein schwacher Kapitalismus wie der britische, dänische oder italienische ist

Wie sollen wir diesen Kommentar verstehen? Ist die FAZ plötzlich zu einem Freund der SPD geworden?

Wachstum

Eine der Grundaussagen des OR läßt sich zusammenfassen in dem Satz: "Ohne Wirtschaftswachstum keine erfolgreiche Gesellschaftspolitik". Damit steht oder fällt die gesamte Reformpolitik mit der Frage des Wirtschaftswachstums. Die Durchsetzung von Reformen richtet sich dann nicht nach der Notwendigkeit oder Dringlichkeit, sondern nach dem nicht in den Griff zu kriegenden Auf- und Abwärtsgang der kapitalistischen Wirtschaft.

Unter "Wachstum und Reformen" heißt es dazu weiter: "Es können Situationen eintreten, die einen erheblichen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums befürchten lassen. Sozialdemokratische Politik ist darauf gerichtet, dies zu verhindern."

INTERVIEW MIT GRIECHISCHEM SOZIALISTEN

VORAN! hatte die Gelegenheit, mit einem aktiven Mitglied der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) über die Situation in Griechenland und die Perspektiven für die griechische Arbeiterbewegung zu sprechen.

FRAGE: Könntest du kurz die Nachkriegsentwicklung in Griechenland schildern?

ANTWORT: Ja. Die griechische Arbeiterbewegung erlitt im Bürgerkrieg von 1944-1949 eine schreckliche Niederlage, die hauptsächlich auf das Versagen der Führung der Kommunistischen Partei zurückzuführen ist. Erst nach einigen Jahren, 1958, flammten die Kämpfe wieder auf. Die EDA, die hauptsächlich von der KP getragene "Vereinigte Demokratische Linke", wuchs auf 25% der Wählerstimmen an. Die griechische Kapitalistenklasse mußte, obwohl sie völlig unfähig war, die Probleme der Arbeiter und Bauern zu lösen, und sich keine echte Demokratie leisten konnte, dennoch 1961 Wahlen abhalten. Dabei wurden jedoch alle repressiven Hebel benutzt, um die bürgerlichen Parteien unter der Führung von Ministerpräsident Karamanlis an der Macht zu halten. Ein Jahr später erhob sich die Arbeiterklasse in Demonstrationen und Streiks, und der Staat ließ den Abgeordneten Lambrakis von der EDA als Sündenbock erschießen. Karamanlis wurde zum Rücktritt gezwungen, und er floh mit einem falschen Paß unter dem Namen Triantafyllides nach Paris.

Hierauf kam die Zentrumsunion an die Macht, aber auch diese Regierung, die von der EDA unterstützt wurde, konnte die tiefen Probleme des Landes nicht lösen. So mußte die Arbeiterklasse weiterkämpfen. Ihre Aktionen forderten die bürgerliche Macht heraus. Ein Versuch zu einem Staatsstreich der Reaktion am 15. Juli 1965 scheiterte, der König

entließ den gewählten Premierminister Georg Papandreu, aber die Arbeiterklasse hörte nicht auf, für ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte zu kämpfen. Was jedoch fehlte, war eine sozialistische Führung, die den Arbeitern eine klare Perspektive aufgezeigt hätte.

So bereitete sich die Reaktion auf einen weiteren Schlag vor, und schließlich glückte, mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus, von CIA und NATO, am 21. April '67 der Putsch.

Obwohl alle Arbeiterorganisationen aufgelöst wurden, wurde die Arbeiterklasse nicht besiegt. Im Gegenteil.

FRAGE: Also war die Wahl von Karamanlis eine Wahl gegen die Panzer? Wie stehen die Arbeiter und Bauern jetzt zu der Regierung?

ANTWORT: Einen Monat, nachdem 54% der Wähler für Karamanlis gestimmt hatten, stimmten 70% der Bevölkerung gegen die Monarchie, und die Gemeinderatswahlen Anfang '75 brachten eine übergroße Mehrheit für die linken Parteien. Inzwischen hat die Arbeiterklasse ihre Kämpfe fortgesetzt. Seit Sommer '74 hat in jeder Fabrik ein Streik stattgefunden. Die Arbeiterklasse steht vor dem Problem wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation, und die Arbeiter und Bauern Griechenlands verstehen jetzt klar, daß die Karamanlis-Regierung nur die Interessen der ausländischen und nationalen Monopole vertritt.

FRAGE: Was für eine Rolle spielen die Bauern und Mittelschichten in Griechenland?

ANTWORT: Auch sie sehen mehr und mehr ein, daß ihnen das kapitalistische System keine Lösung ihrer schweren wirtschaftlichen Sorgen und Nöte anbieten kann. Die Bauern sind in den Kampf getreten. Bisher kam es schon

zehnmal vor, daß Traktoren die Zufahrtsstraßen von und nach Athen abgeriegelt haben. Auch die Bauern sammeln sich zunehmend um PASOK.

FRAGE: Wir haben erfahren, daß PASOK in den letzten Monaten sehr rasch angewachsen ist. Was erwarten die Mitglieder der Partei von ihrer Führung unter Andreas Papandreu?

ANTWORT: In der Tat ist PASOK seit der Gründung vor einem Jahr zur stärksten Partei der Linken in Griechenland geworden. Für Papandreu wurde z.B. auf Kreta eine Kundgebung in einem Kino organisiert, das 2 000 Personen faßt. 20 000 kamen. Die Partei ist die linkeste Massenpartei der Welt. Ihr Programm sieht eine Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken vor. Die Mitglieder von PASOK verstehen, daß die einzige Lösung für die überwiegende Mehrheit im Sozialismus liegt.

Wir erwarten von Papandreu und der Parteiführung, daß sie auf der Grundlage eines klaren sozialistischen Programms die Arbeiter und Bauern mobilisiert und das alte verrottete kapitalistische System durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt.

FRAGE: Was meinst du damit?

ANTWORT: Nun, die Marxisten hatten schon 1967 vorausgesagt, daß die Diktatur sich nur 5-7 Jahre lang halten würde. Genau dies ist eingetreten. Die Obristen mußten zunächst inflationäre Maßnahmen ergreifen, um den Arbeitern Arbeit zu garantieren, damit sie das Regime wenigstens tolerieren würden. Wegen der internationalen Krise des Kapitalismus mußte Papadopoulos schließlich auch erste anti-Inflationsmaßnahmen ergreifen. Dies führte zum Aufstand im Februar '73 in der Athener Universität und zu den heldenhaften Kämpfen der Arbeiter und Studenten im November '73 im Athener Polytechnikum gegen Polizei und Militär.

Dies war ein klares Anzeichen für den kommenden Niedergang der Diktatur. In der Tat wurde Papadopoulos gestürzt, und der Chef der Geheimpolizei Ioannides wurde Ministerpräsident. Weil er jedoch so gut wie keine Unterstützung im Volke hatte, zwangen ihn die USA, einen dummen Staatsstreich gegen Makarios auf Zypern zu versuchen, damit er überhaupt etwas vorzuweisen hatte. Während der Generalmobilisierung zeigte das griechische Volk und vor allem die Jugend den festen Willen, gegen den amerikanischen Imperialismus und seine griechischen Statthalter, die griechische Kapitalistenklasse, zu kämpfen. Die amerikani-

schen Imperialisten verstanden das sehr klar und riefen in ihrer Verzweiflung Karamanlis aus Paris nach Athen zurück.

FRAGE: Wie erklärst du dir den hohen Wahlsieg von Karamanlis im November '74?

ANTWORT: Karamanlis wollte seine Macht durch die Wahlen absegnen lassen. Abgesehen davon, daß die 18- bis 21-Jährigen, die maßgeblich am Sturz der Junta beteiligt waren, nicht wählen durften, daß im Ausland arbeitenden Griechen die Briefwahl verweigert wurde und die Wahllisten noch auf dem Stand der Scheinwahlen während der Diktatur waren, als es ohnehin keinen Sinn hatte, sich in die Listen eintragen zu lassen, fanden die Wahlen statt, bevor sich die Arbeiterparteien organisieren konnten. Außerdem schüchtern Karamanlis die Wähler bewußt ein: "Ich oder die Panzer!"

PASOK bestand bei den Wahlen erst wenige Monate.



FRAGE: Ihr seid euch in PASOK sicher bewußt, daß der Sozialismus nur international durchgesetzt werden kann, also wenn sich die Arbeiter aller Länder verbünden.

ANTWORT: Ja, das ist richtig. Die griechischen Gastarbeiter in der BRD, die ja weder in der BRD noch in Griechenland von der Arbeitslosigkeit verschont bleiben, müssen sich im DGB organisieren und Ortsgruppen von PASOK aufbauen. Die griechischen Arbeiter blicken mit Spannung und Interesse nach Spanien, wo nach dem Fall Francos die spanische Revolution anfangen wird. Dies wird auch in Griechenland sehr große Auswirkungen und Erschütterungen hervorrufen, weil die Arbeiterklasse dann sehen wird, daß die kapitalistische Herrschaft international verfault ist und nur eine sozialistische Arbeiterdemokratie die Probleme wirklich lösen kann.

von England bis Japan...

ARBEITER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!!

Inflation, Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Errungenschaften - das sind die zentralen Probleme für die Arbeiter in allen westlichen Industrieländern. Überall, ob in Dänemark, England oder Japan, versuchen die Regierungen, mit umfangreichen Kosteneinsparungen oder riesigen Summen zur Wirtschaftsanhebung die Krise zu überwinden, aber was sie auch tun - die Arbeiter müssen dafür herhalten.

In Dänemark hat die sozialdemokratische Minderheitsregierung vor dem Hintergrund von 13 Mrd. DM Auslandsschulden, 11% Inflation und einer bald auf 10% anwachsenden Arbeitslosigkeit Kosteneinsparungen in Höhe von knapp 2 Mrd. DM bis 1979 angekündigt. Gleichzeitig wurde ein Krisenprogramm verabschiedet, in dessen Rahmen die Mehrwertsteuer von 15 auf 9,2% gesenkt und die Wirtschaft mit einer Kreditspritze von 420 Mio. DM subventioniert werden soll.

Das Ende aller Sozialstaatsillusionen hat viele Dänen zur Auswanderung in die anderen skandinavischen Länder bewegt. Aber auch dort sind die Auswirkungen der internationalen Krise - wenn auch mit Verspätung - eingetroffen.

In Norwegen hat die sozialdemokratische Regierung 2 Mrd. Kronen zur "Wirtschaftsbelebung" bereitgestellt, einen Preisstop verordnet und Steuersenkungen angekündigt.

In Finnland sind die Exporte um 27,5% zurückgegangen. Für den Winter wird mit einer katastrophalen Arbeitslosigkeit gerechnet.

Auch in Frankreich soll mit 18 Mrd. DM die Wirtschaft angekurbelt werden. Das Haushaltsdefizit beläuft sich auf mindestens 25 Mrd. DM!

Eine bürgerliche Wirtschaftszeitung meinte jedoch zu diesen Maßnahmen, sie würden keineswegs eine Verringerung der Lasten für die Unternehmer bringen.

Um die Frage billiger Importe hat sich zwischen Frankreich und Italien ein Konflikt entwickelt. Die italienische Regierung lehnt den französischen Vorschlag einer freiwilligen italieni-



sehen Exportbeschränkung ab. Der französische Minister Bonnot hat versucht, die EG dazu zu drängen, die Vernichtung unverkäuflicher französischer Weine zu finanzieren!

In den Niederlanden sind 5% arbeitslos. Die Königin hat eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen in Aussicht gestellt. Der sozialdemokratische Ministerpräsident ten Uyl will die Ausgaben für Unterricht,

Verkehr und Landesverteidigung kürzen und hat große Steuererhöhungen angekündigt.

Japan steht vor einem drohenden Nullwachstum in diesem Jahr. Die Exporte fielen im August um 20% gegenüber August 1974. Die Inflationsrate liegt bei 11%. In den nächsten Wochen sollen die Preise für Reis, Bahnfahrten, Post, Tabak und Alkohol kräftig steigen.

In England hat die Labour-Regierung einen Höchstsatz in den Lohnzuwächsen von 6 Pfund pro Woche angeordnet. Dies bedeutet bei knapp 30% Inflationsrate

eine Kürzung des Lebensstandards von bis zu 20%! Sozialleistungen werden abgebaut, über 1,25 Mio. sind arbeitslos.

In aller Welt ist die Arbeiterklasse heutzutage stärker, selbstbewußter und kämpferischer als noch vor dem 2. Weltkrieg. In allen kapitalistischen Ländern haben sich die Arbeiter mächtige Organisationen - Gewerkschaften und Arbeiterparteien - aufgebaut. Überall haben die Aktionen der Arbeiter in den letzten Jahren (Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen, Fabrikbesetzungen, Generalstreiks) die Kapitalisten in Atem gehalten. Nach dem Fall des spanischen Franco-Regimes wird es in Westeuropa zum ersten Male seit 300 Jahren keine einzige Polizei- oder Militärdiktatur mehr geben. Dies allein drückt die ungeheure Schwäche des Kapitalismus international aus. Die Arbeiterklasse wird es nicht hinnehmen, daß sie jetzt für die Fehler des kapitalistischen Systems mit einem gekürzten Lebensstandard bezahlen soll. Sie wird sich wehren.

Die Verantwortung liegt jetzt in den Händen der Führung der Arbeiterklasse. Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien heißt nur, wie die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, daß die Arbeiter immer den Kürzeren ziehen. Die vom Vertrauen der Arbeiter getragenen Arbeiterführer müssen jetzt einen Ausweg aus der Krise anbieten. Sie müssen sich entscheiden: Soll die Krise für die Arbeiter oder für die Kapitalisten gelöst werden? Sie müssen eine sozialistische Alternative aufzeigen. Nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wäre es gewährleistet, daß Inflation, Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger für zwei Drittel der Menschheit, Überproduktion und Verschwendung für immer Worte der Vergangenheit sind.

Auf der Grundlage einer Verstaatlichung der Industrie, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung könnte ein Wirtschaftsplan aufgestellt und nur das produziert werden, wonach nachgewiesenermaßen ein Bedürfnis besteht.

Eine internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse und Verwirklichung des sozialistischen Programms in allen Ländern würde den internationalen Krisen, Konflikten, Spannungen, der Vergeudung von Rohstoffen, menschlichen und technischen Ressourcen für immer ein Ende bereiten. Die Arbeiter wissen, was internationale Solidarität ist. Die italienischen Hafenarbeiter weigerten sich erst vor kurzem, spanische Schiffe zu be- und entladen. Das gleiche taten englische Hafenarbeiter mit chilenischen Schiffen.

Bereits vor über 125 Jahren forderte Karl Marx: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Laßt uns dies verwirklichen!

-gf-

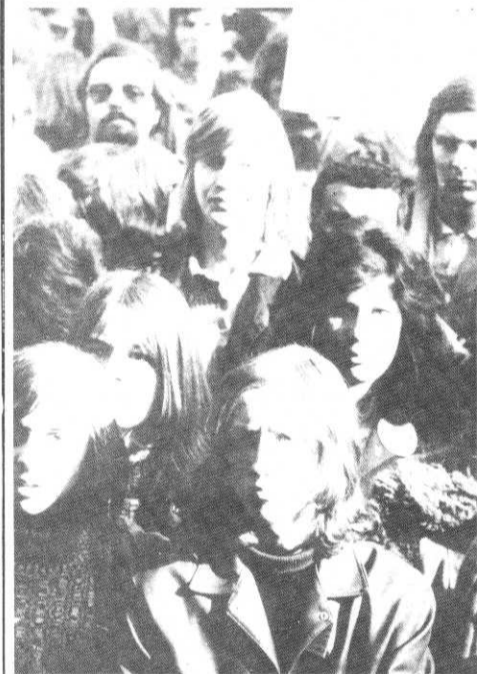
Bildung wofür ?

von einer Schülerin aus Crailsheim

"Viel Spaß und Erfolg" - was hat sich der baden-württembergische Kultusminister eigentlich gedacht, als er mit diesen Worten die Schüler des Landes zum neuen Schuljahr grüßte ?

Spaß am Lernen, Spaß in der Schule, das klingt wie blanker Hohn, wenn man sich die Lage der Schule und des Bildungswesens in der BRD vor Augen hält. Die kapitalistische Krise belastet die meisten Schüler, Lehrlinge und Studenten mit gekürztem Lebensstandard, Einschränkung ihrer Rechte, verstärktem Leistungsdruck und unsicheren Berufs- und Existenzsichten. Für Arbeiterkinder wird es immer schwieriger, in den "Genuß" einer höheren Bildung zu kommen.

Da wurde in Baden-Württemberg den Schülern ab Klasse 11 jetzt der Fahrtkostenzuschuß ganz gestrichen, so daß sich die Fahrtkosten mancher Oberstufenschüler sogar verfünffacht haben. Für Schüler niedriger Jahrgangsstufen wurde der Eigenanteil an den Beförderungskosten von 8 auf 12 DM erhöht (im Monat). Grund dafür: "die außerordentlich schwierige und sich weiter verschlechternde Finanzlage des Landes". Hunderttausende von Schülern und Studenten müssen in diesem Jahr mit einer Kürzung ihrer staatlichen Ausbildungsförderungsbeiträge um monatlich 50 bis 80 Mark rechnen, weil die Förderungssätze und Elternfreibeträge eingefroren wurden. Jetzt beschloß das Bundeskabinett, die für 1976 versprochene Angleichung dieser Sätze ebenfalls zu streichen. Außerdem soll den Studenten ab nächstes Jahr der Darlehensanteil am Stipendium von 80 auf 130 Mark erhöht werden.



Es genügt also nicht, wenn für den Großteil der arbeitenden Bevölkerung das Einkommen real zurückgeht. Jetzt werden staatliche Leistungen eingeschränkt und die Bevölkerung wird für öffentliche Dienste verstärkt zur Kasse gebeten. Für den Bildungsbereich gibt es hier keine Ausnahme. Damit werden die ohnehin bereits vorliegenden Mißstände gerade im Bildungswesen katastrophale Ausmaße erreichen.

SCHULEN

Die Lage an den Schulen ist vor allem gekennzeichnet durch überfüllte Klassen und Lehrermangel: An den Grundschulen beträgt die durchschnittliche Klassenstärke im Bundesgebiet 30,8 Schüler. In Baden-Württemberg ergibt sich an den Hauptschulen eine Klassenstärke von 42 Schülern. In Bayern haben 5 % aller Schüler Schichtunterricht wegen Mangel an Klassenräumen. Bis 1978 sollen im Schulbereich von Hamburg 950 Planstellen für Lehrer gestrichen werden und außerdem 150 Millionen Mark weniger für Schulbauinvestitionen und 30 Mio weniger für Sachausgaben verwendet werden. In Nordrhein-Westfalen wurden im Sommer ebenfalls 1200 Planstellen für Lehrer gestrichen. In Hessen muß in diesem Schuljahr an der Berufsschule jede vierte und an allen übrigen Schulen jede fünfte Stunde ausfallen. Weil an den Frankfurter Oberschulen 330 Lehrer fehlen, können dort 8000 Unterrichtsstunden nicht gehalten werden. An den niedersächsischen Oberschulen erhöht sich der Stundenanfall von 24 auf 26 % oder wöchentlich 50 000 Stunden, wobei 3000 Lehrkräfte fehlen.

BERUFSSCHULEN

Der Großteil der Jugendlichen besucht nur die Volksschule und tritt somit nach 9jähriger Schulzeit in die Arbeitswelt ein. 80 % der Jugendlichen im Alter von 16 Jahren erhalten so unter direkter Kontrolle des Kapitals eine Berufsausbildung in einem privatwirtschaftlichen Betrieb. Jeder

vierte ist gezwungen, sich für einen Beruf ausbilden zu lassen, der nicht seinen Interessen entspricht. Der Berufsschulunterricht liegt derzeit bei durchschnittlich 8,4 Wochenstunden. 20 Prozent des Unterrichts fallen aus wegen Lehrermangels, wobei 15000 Berufsschullehrer fehlen. Was ausländische Kinder anbetrifft, so erhalten allein in Baden-Württemberg 40 000 (77%) keinerlei Berufsschulunterricht. 2/3 aller Lehrlinge erhalten im Betrieb keine theoretische Ausbildung. Grobe Verstöße gegen Berufsausbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetz stehen auf der Tagesordnung. Diese Situation wird verschärft durch den ständigen Abbau der Ausbildungsplätze durch das Kapital. Allein zwischen 1955 und 1974 hat sich die Zahl der Lehrstellen um 50% auf 1,5 Mio verringert. Um diese Lehrstellen entsteht nun zwangsläufig ein harter Konkurrenzkampf. Denn durch Numerus Clausus und Sieben in den weiterführenden Schulen werden mehr Abiturienten und Gymnasiasten auf den Arbeitsmarkt geworfen. Gegen ihren Willen werden Jugendliche gegeneinander ausgespielt. Soweit Schulabgänger heutzutage überhaupt noch eine Lehrstelle bekommen, sind sie einerseits betroffen von der Misere in den Berufsschulen, andererseits sind sie im Betrieb schlechten Ausbildungsbedingungen unterworfen und haben keinerlei Garantie, nach Beendigung ihrer Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Der Bereich der Umschulung und Fortbildung Berufstätiger soll künftig weniger aus der Staatskasse gefördert werden. Obwohl viele Beschäftigte während ihres Arbeitslebens aufgrund geänderter Arbeitsmarktsituation gezwungen sind, ihren Beruf zu wechseln, bezeichnete Arbeitsminister Arendt die bisherige Umschulungspraxis als "Wildwuchs", der jetzt gestoppt werden mußte. Nach dem Beschluß des Bundeskabinetts sollen die Leistungen für die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung erheblich eingeschränkt werden und die Unterhaltsgelder gekürzt werden.

HOCHSCHULEN

Ab Wintersemester gelten laut Beschluß des Ministerrates für alle Studienfächer Höchstzulassungszahlen. Die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hat mitgeteilt, daß sie 52 000 Bewerbern für Numerus Clausus-Fächer einen Studienplatz zugeteilt hat, 51 000 jedoch ablehnen mußte, also fast die Hälfte! An der Mannheimer Fachhochschule sieht das so aus, daß anstatt wie bisher 90 Studenten ab diesem Wintersemester nur noch 60 Studenten aufgenommen werden, bei einem NC-Notendurchschnitt von 1,1!

Doch nicht nur durch Studienplatzbeschränkungen wird gespürt - es wurden auch die Haushalte der Hochschulen für nächstes Jahr stark beschnitten. So müssen allein an den nordrhein-westfälischen Hochschulen 52 Mio Mark eingespart werden. Der Uni München wurden 300 Stellen gestrichen, wobei es in Zukunft dort 15 Lehrstühle weniger gibt. Die Etat-Kürzungen der Freien Uni Berlin für 1976 betragen 80 Mio DM.

NOTSTAND

"Schick Dein Kind auf höhere Schulen". Diese Parole klingt noch vielen Eltern in den Ohren. Sie erkennen den Widerspruch, wenn sie ihre Kinder heute auf weiterführende Schulen schicken wollen und ihnen die staatlichen Stellen "übertriebenen Engeiz" vorwerfen. Obwohl Tausende von Lehrern fehlen, werden arbeitslose Pädagogen nicht in den Schuldienst eingestellt. Nach einer offiziellen Mitteilung aus dem Mainzer Kultusministerium soll die Zahl der arbeitslosen Lehrer bis Ende 1976 auf 17 000 bis 20 000 ansteigen. Der Bevölkerung wird ein "Überangebot" vor Akos emikern eingerechnet, obwohl jeder sieht, daß z.B. einige Tausend Ärzte fehlen, um eine ausreichende medizinische Versorgung zu sichern. Dabei werden 80 % der Bewerber für ein Medizinstudium abgelehnt.

Die Bildungshaushalte werden drastisch gekürzt, während andererseits die Subventionen an die Kapitalisten und die Rüstungsausgaben immer höher steigen. Während der Staat in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs das Bildungsangebot vergrößerte, werden in der jetzigen Krise die Bildungsmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Anfang der 60er Jahre hatte der westdeutsche Kapitalismus Konkurrenzschwierigkeiten mit den USA und Japan. Die Ursache lag in der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Wissenschaften und ihrer technischen Anwendung in Produktionsbereichen. Die Produktion mußte nun modernisiert werden durch Mechanisierung, Automatisierung, elektronische Datenverarbeitung, Verwendung von Atomenergie und Chemie. Da für diese Modernisierung die wissenschaftlich-technische Intelligenz fehlte, mußten die Mittel für Bildung, Wissenschaft, Forschung stark erhöht werden. Außerdem waren bis 1961 hunderttausende qualifizierter Kräfte aus der

DDR zugewandert, für deren Ausbildung die BRD keinen Pfennig aufzubringen hatte. Nach dem Mauerbau war dieser Zustrom jäh unterbrochen und der bundesdeutsche Kapitalismus war vor das Problem gestellt, seine Akademiker und Führungskräfte selbst heranzubilden.

Damals hatten die Kapitalisten noch volles Vertrauen in die Zukunft ihres Systems. Und da Bildungsausgaben langfristige Investitionen sind, um den Bedarf an Führungskräften zu sichern, ging der Staat daran, zahlreiche Universitäten zu bauen und Anreize für eine höhere Bildung zu schaffen. In allen Bundesländern wurden sogenannte Schulentwicklungspläne entworfen zum Ziel der "Ausschöpfung der Begabtenreserven" vor allem unter "Arbeiterkindern, bäuerlichen Familien und Mädchen". Wenn heute dagegen auf dem Bildungssektor eine Kehrtwendung gemacht wird, so heißt das, daß die Kapitalisten selbst kein Vertrauen mehr in die Zukunft ihrer Wirtschaft haben.

Bildung im Kapitalismus hat nicht die Aufgabe menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sie dient nicht der Selbstverwirklichung der Menschen, sondern den Profitinteressen der Kapitalisten, denen alles andere untergeordnet ist.

Erst in einer sozialistischen Gesellschaft mit Arbeiterkontrolle, in der die Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant wird, in der die Arbeitsteilung aufgehoben ist und jeder dem anderen gleichgestellt ist, hört Bildung auf, ein Privileg zu sein, verliert sie ihre Fremdbestimmung, wird elementarer Bestandteil eines selbstbestimmten Lebens sein, wovon jeder soviel erhalten kann wie er will.

Konkret versprach die SPD, für die Erhöhung der Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie für den Abbau der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen zu sorgen. Millionen von Arbeitern haben die SPD gewählt, weil sie hofften, die SPD werde diese Ziele in die Tat umsetzen und sehen für ihre Kinder eine bessere Zukunft. Was ist aus diesen Vorhaben aber inzwischen geworden ?

Mit Beginn des Schuljahres sank die Zahl der Viertklässler aus Arbeiterfamilien, die auf weiterführende Schulen wechselten, in Baden-Württemberg um 24 %; in anderen Bundesländern dürfte dieser Prozentsatz nicht geringer sein. Der Bildungsetat des Bundes wurde bereits für 1975 gekürzt; für 1976 denkt die Regierung an eine weitere 10prozentige Kürzung. Totaler Numerus Clausus und Zulassungsbeschränkungen, das ist das Bild an den Hochschulen. Während vor einem Jahr das neue Berufsbildungsgesetz von der SPD/FDP-Koalition noch als bedeutendstes Reformwerk dieser Legislaturperiode ausgegeben wurde, hat man es auf Druck des Kapitals hin gänzlich aus der Diskussion verbannt. Das Recht eines jungen Menschen auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung sowie das Recht auf Arbeit stehen im Grundgesetz. Das Kapital setzt dieses Recht in seiner Krise kurzerhand außer Kraft.

PROGRAMM



Schon bei 20 Firmen abgebildet: Grundschüler Peter Bohn

KAMPF

Demonstrationen, Streiks, Häuserbesetzungen und sonstige Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen, Radikalerlaß, Numerus Clausus - alle sind Zeichen von wachsendem Widerstand der Schüler und Studenten. Was nun aber die politische Organisiertheit betrifft, ergibt sich ein trostloses Bild unzähliger Sektoren und Gruppierungen mit einem endlosen Prozeß von Spaltungen, Zersplitterungen, Auflösungen und Neugründungen. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Studenten die Arbeiterklasse noch nicht als einzig revolutionäre Klasse begriffen haben und ihr die führende Rolle im Kampf gegen den Kapitalismus aberkennen. Wenn Schüler und Studenten erfolgreich für den Sozialismus kämpfen wollen, müssen sie sich die marxistische Position über die Arbeiterklasse zu eigen machen und in den Organisationen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und SPD) aktiv werden. Neben dem täglichen Kampf um

verbesserte Bildungs- und Lebensbedingungen müssen sie eine klare politische Perspektive entwickeln, Aktionsprogramme ausarbeiten und ihre Bewegung mit der Arbeiterbewegung verknüpfen.

SPD

Die SPD hat 1972 mit einem Programm den Wahlkampf geführt, das gerade auch die junge Generation mobilisierte. Es wurden Versprechungen gemacht, die Lehrlinge, Schüler, und Studenten hoffen ließen auf eine Verbesserung ihrer Situation.

Im WAHLPROGRAMM der SPD von 1972 heißt es:

"Eine demokratische Gesellschaft verlangt nicht nur chancengleichen Zugang aller Bürger zu allen Bildungseinrichtungen, sondern auch Bildungsinhalte, die jeden Bürger befähigen, in der Politik, am Arbeitsplatz und in anderen gesellschaftlichen Bereichen verantwortlich mitzubestimmen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Zahl der Arbeiterkinder in allen weiterführenden Bildungseinrichtungen steigt.

Wir werden dafür sorgen, daß junge Menschen nicht an ihren Schwächen scheitern, sondern an ihren besonderen Fähigkeiten und Begabungen wachsen."

Die SPD muß diesen Angriff der Kapitalistenklasse abwehren. Sie darf es nicht zulassen, daß die Arbeiterklasse erhalten muß, um dieses veraltete Gesellschaftssystem zu retten, daß die Jugend ihrer Rechte beraubt wird und in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Die SPD muß diese Krise sozialistisch lösen. Denn nur durch Entmachtung der Kapitalisten, durch Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen und die Schaffung einer geplanten Wirtschaftsordnung mit demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung gibt es gleiche optimale Bildungschancen für jeden. Es ist ein sozialistisches Bildungsprogramm notwendig. Die folgenden Grundforderungen müssen unverzüglich durchgesetzt werden:

- o Einstellung aller arbeitslosen Lehrer in den Schuldienst.
- o Maximale Klassenstärke von 20 Schülern in allen Bildungseinrichtungen.
- o Gesicherter Arbeitsplatz für alle Schul- und Hochschulabgänger.
- o Schluß mit dem Sitzenbleiben.
- o Weg mit Notengebung und Prüfung.
- o Aufhebung des gegliederten Schulsystems und Schaffung eines Gesamtschulsystems, das jedem auf allen Stufen jederzeit freien Zugang ermöglicht.
- o Garantierte Weiterbildung und Lohnfortzahlung für jeden, der sich weiterbilden möchte.
- o Demokratische Kontrolle der Schulen und aller anderen Bildungseinrichtungen durch die Gewerkschaften unter Mitwirkung der Schüler, Studenten, Eltern, Lehrer und des gesamten Schulpersonals.

VORAN PLAKAT

Europakarte mit der Parole:
VORAN ZU DEN VEREINIGTEN
SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA

Abbildungen Marx, Liebknecht, Luxemburg.
Stückpreis DM 1,50 zzgl. Porto.
Din B2. Zweifarbig.

Bestellungen an: VORAN!
43 ESSEN 1, Geißlerstraße 1

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
170 20 - 433, Hans-Gerd Öfinger

praktische solidarität

siehe auch Anzeige auf S.8

Wie wir bereits in der letzten Nummer von VORAN! berichteten, haben einzelne Jungsozialisten die Initiative zur Gründung eines Sozialistischen Spanien-Solidaritätskomitees (SSSK) ergriffen. Wir rufen alle Leser unserer Zeitung auf, durch dieses Komitee, das vom Nationalkomitee der spanischen Jungsozialisten offiziell anerkannt wird, den Kampf der spanischen Jusos und der Sozialistischen Partei materiell, politisch und moralisch zu unterstützen. Die spanischen Genossen gegenwärtig unter schwersten Bedingungen - Illegalität, Unterdrückung, einige sitzen im Gefängnis - ihre Aufbauarbeit leisten.

Internationale Solidarität heißt für Sozialisten nicht nur verbale Lippenbekanntnisse, oder mit erhobener Faust einmal im Jahr bei Juso-Bundeskongressen "Venceremos" rufen, oder in abgeschlossenen Zirkeln die internationale Lage "aufarbeiten", internationale Solidarität heißt vor allem auch konkrete Unterstützung. Die spanischen Jusos benötigen dringend Schreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte und Druckmaschinen, um ihre Organisation aufbauen zu können. Sie erwarten von uns Jusos in der SPD, daß wir ihnen dabei mit allen Mitteln helfen.

Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Ihre Erfahrungen sind auch für uns wichtig. Ein sozialistisches Spanien wäre für die Arbeiter in aller Welt ein leuchtendes Beispiel und ein Auftakt zur Schaffung eines sozialistischen Europa und einer sozialistischen Welt!

Hier der erste Bericht:

"Vom 6.9. bis 12.9.75 wurden Schritte unternommen, die einen Grundstein für die Solidarität zwischen der spanischen und deutschen Arbeiterklasse darstellen. Schritte durch das Sozialistische Spanien-Solidaritätskomitee, das die offizielle Anerkennung und Unterstützung der spanischen Jungsozialisten (JJSS)

genießt und sich bemüht, konkrete (z.B. finanzielle) Hilfe für die spanischen Genossen zu leisten. Man muß dazu sagen: Hätte der Bundesvorstand der Jungsozialisten auf die Bitte der JJSS reagiert, in der BRD eine Solidaritätskampagne zu starten, dann hätte ein von einzelnen Jusos mühsam gegründetes Komitee nicht entstehen müssen.

Dieser Versuch, praktisch etwas für die JJSS und den sozialistischen Kampf in Spanien zu tun, ist bereits am Anfang ein großer Erfolg geworden.

Sofort, als das JJSS-Nationalkomitee davon erfuhr, daß deutsche Jusos an der Basis doch noch eine Kampagne starten wollten, waren sie 100%ig dafür. Trotz großer Schwierigkeiten bekam die Initiative Unterstützung.

Jungsozialisten in einer Reihe von Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirksvorständen, Ortsgruppen der Sozialistischen Partei Spaniens in mehreren Großstädten der BRD, für Gastarbeiter zuständige Gewerkschaftssekretäre und chilenische Sozialisten in der BRD versprachen ihre Unterstützung. Damit war die Grundlage für eine erste Rundreise eines Vertreters des Nationalkomitees der spanischen Jungsozialisten gelegt.

Bei einem P.S.-Meeting vor dem eigentlichen Start der Tournee wirkten die Beiträge des spanischen Genossen wie ein Magnet auf die anwesenden spanischen Arbeiter.

Am 6.9.75 fing die Rundreise in Frankfurt an. 25 Genossen (die Hälfte UGT, PS und JJSS) hörten zu, wie der Gast über die aktuelle Situation in Spanien sprach, wie er von der Repression des Regimes, von der Kampfbereitschaft der spanischen Arbeiter und der Unterstützung für die Arbeiter durch die Mittelschicht. Er betonte, daß die Arbeiterklasse der Motor des Sturzes Francos sei und die einzige Lösung für Spanien der Sozialismus sei, mit Arbeiterkontrolle über die Industrie, Verstaatlichung der Banken, Einbeziehung der Hausfrauen, Bauern und Studenten in die Planung und Kontrolle der Wirtschaft. Die Kapitalistenklasse, sagte er, befände sich in einer Sackgasse mit oder ohne Franco sei sie bankrott. Eine freie Diskussion folgte, mit mehreren Beiträgen der anwesenden spanischen Arbeiter, und schließlich wurden 102,50 DM gesammelt, dazu noch 23 Broschüren verkauft. Viele Anwesende versicherten, sich regelmäßig zu treffen, um die Arbeit des SSSK auf lokaler Ebene zu konkretisieren. Kontakt zur PS in Frankfurt aufrechtzuerhalten.

Am 8.9.75 sprach der spanische Juso in Freiburg, und es gab eine ausführliche Diskussion, wobei etwa die Frage der Arme aufgeworfen wurde und Parallelen bzw. Unterschiede zu Portugal gezogen wurden.

Am 9.9. kamen in Stuttgart über 30 Jusos und spanische Genossen zu der Veranstaltung. Die Diskussion drehte sich u.a. um die Frage des ausländischen Kapitals, wobei der spanische Genosse sagte, obwohl es viel ausländisches Kapital gebe, sei es nur in einigen wenigen Branchen der herrschende Teil.

Letztlich, so sagte er im weiteren Verlauf des Abends, könne sich die Arbeiterklasse nur auf ihre eigene Stärke und Organisationen verlassen. So beeindruckt waren die spanischen Kollegen der UGT und Mitglieder der Sozialistischen Partei in Stuttgart, daß sie gleich den spanischen Jusos 150 DM aus eigener Tasche zusagten, und auch hier ging die Diskussion mit den spanischen Kollegen bis spät in die Nacht.

In München sprach der spanische Genosse nach einem Interview für das Gastarbeiterprogramm der ARD, in dem er seine Eindrücke der Rundreise schilderte und den in der BRD lebenden Spaniern über die Lage zuhause berichtete, vor Jungsozialisten und Mitgliedern der spanischen SP. Obwohl der Münchener Juso-Unterbezirksvorstand es abgelehnt hatte, die Veranstaltung auch nur irgendwie zu unterstützen - angeblich aus "Geldmangel" und "Termingründen", erklärten sich anwesende Genossen bereit, das Komitee zu unterstützen.

Wie der Genosse aus Spanien uns sagte, ist es immer noch schwierig, Unterstützung und Solidarität und finanzielle Hilfe zu finden für einen Kampf, der bevorsteht, wo gegen die meisten üblichen Solidaritätskampagnen erst nach dem Ereignis (z.B. Chile, wo es den Genossen und Kollegen klar ist, daß ein Kampf stattgefunden hat bzw. eine Niederlage erlitten worden ist) anfangen.

Es ist Aufgabe des SSSK, die aktuelle Unterstützung zu konsolidieren und auszubreiten, indem es mit der Entwicklung in Spanien Schritt hält und alle notwendigen Lehren zieht.

Das SSSK steht jedem Genossen und Kollegen offen, der sich mit dem Sturz Francos, dem Ziel eines sozialistischen Spaniens und dem Kampf von PSOE, UGT und vor allem der spanischen Jungsozialisten solidarisch fühlt. Flüchtlinge finanziell zu unterstützen ist wichtig, doch wir wollen unseren Beitrag zum sozialistischen Sieg der spanischen Arbeiterklasse leisten, damit die einzigen Flüchtlinge verzweifelte anteingene Kapitalisten sind. G.Paul



BEZIRKSKONFERENZ

NIEDERRHEIN

Abänderungsanträge zum Orientierungsrahmen der SPD waren das zentrale Thema auf der Tagesordnung einer außerordentlichen Bezirkskonferenz, zu der über 100 Delegierte aus den Unterbezirken nach Krefeld gekommen waren.

Nachdem die Themengebiete ländliche Kommunalpolitik und berufliche Bildung relativ leidenschaftslos abgehandelt worden waren, brach über den OR '85 eine heftige Kontroverse aus, in deren Verlauf der Bezirksvorstand teilweise erfolgreich bewies, was es heißt, einen Führungsanspruch durchzusetzen.

Ein Initiativvortrag aus dem UB Neuß, der das Mißfallen des Vorstandes erregte, von der Konferenz jedoch mehrheitlich angenommen wurde, gab das Signal: Der Vorstand und mit ihm der UB Mettmann zogen sämtliche Vorlagen und Anträge zum OR zurück. Darauf übernahmen die UBs Duisburg, Wesel und Remscheid diese Anträge als eigene Vorlagen, um die Behandlung des Themas sowie die Behandlung ihrer Anträge sicherzustellen.

Als Reaktion darauf eröffnete der Vorstand im Verein mit den UBs Düsseldorf und Mettmann eine mehrstündige Verfahrensdebatte und versuchte, das Thema auf eine nächste Konferenz am darauffolgenden Sonntag zu verschieben. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine Kampfabstimmung, bei der sich die Mehrheit der Delegierten für sofortige Beendigung der Verfahrensdebatte und Behandlung des Themas OR '85 aussprach.

Daraufhin drohten die UBs Düsseldorf, Mettmann und Wuppertal mit ihrem Auszug aus der Konferenz. Nach zehnmütiger Unterbrechung der Konferenz versuchte der Vorstand einige der vorhergehenden Beschlüsse rückgängig machen zu lassen. Noch einmal mußten die Delegierten über eine Verschiebung des Themas auf den folgenden Sonntag befinden; wiederum sprach sich die Mehrheit dagegen aus. Beim oben erwähnten Antrag aus Neuss erreichte der Vorstand - nach Intervention des neuen Landesvorsitzenden Stemplewski - in einer nochmaligen Abstimmung eine Änderung in seinem Sinne und stellte darauf hin auch wieder seine Vorlagen und Anträge zur Diskussion. Erst dann war der Einstieg in die inhaltliche Diskussion möglich !!

Unrühmlichster Antrag war wohl der aus dem UB Mettmann, der sich für ein "gemischtwirtschaftliches System" aussprach und die "Überprüfung" (!) von verstärkt "gemeinwirtschaftlichen Elementen" in dem Bewußtsein forderte, daß dies "kein Allheilmittel" sei. Dieser Antrag wurde allerdings von der Konferenz zurückgewiesen und stattdessen untenstehender Abänderungsantrag des UB Remscheid - allerdings mit sinnentstellenden Streichungen - angenommen.

Alles in allem ging die Konferenz über weite Strecken an der aktuellen Diskussion in der Bevölkerung vorbei. Auseinandersetzungen über Reforminhalte sind Schnee von gestern. Heute geht es nicht um Reforminhalte, ja nicht mal mehr um Reformen, sondern um Kürzungen, Arbeitslosigkeit, Reformstopp, soziale Demontage - das sind die aktuellen Probleme.

REMSCHIEDER ANTRAG

Der Abänderungsantrag des UB Remscheid ist für alle Jusos ein erster Ansatz in diese Richtung:

...Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist grundsätzlich unfähig, die elementaren Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherheit, Arbeitsplatz, angemessenem Lebensstandard, guter Bildung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen, ausreichendem und billigem Verkehrsnetz zu befriedigen. Selbst in einer Aufschwungsperiode konnte der Kapitalismus dies nur sehr mangelhaft erfüllen.

In der Krise zwingt das Profitstreben des Kapitalismus dazu, alle von der Arbeiterklasse erkämpften und erarbeiteten Errungenschaften wieder abzubauen. Privates Profitstreben ist das Wesen des Kapitalismus. Profite sind die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. Jeder Versuch, das System in der Krise aufrechtzuerhalten, kann daher nur zu Lasten der Arbeiterklasse erfolgreich sein.

Aus diesem Grunde schließen sich eine Beibehaltung des Systems und eine Durchführung des Programms innerer Reformen aus. Jede Regierung, die sich ein solches Programm der inneren Reformen vorgenommen hat, sieht sich daher - besonders in Krisenzeiten - einem ungeheuren Druck der von den Großkonzernen und Banken beherrschten Wirtschaft ausgesetzt. Ein friedliches Nebeneinander zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Arbeiterklasse kann es nicht geben.

Eine solche Regierung muß entweder dem Druck, den Drohungen und der Sabotage der Unternehmer nachgeben und den Lebensstandard der Arbeiterklasse angreifen oder im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung handeln, das heißt: -Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen bei demokratisch festgelegten Entschädigungen -Planung und Lenkung der Produktion durch von der Basis demokratisch gewählte Gremien -Arbeiterkontrolle und -verwaltung unter Einbeziehung anderer betroffener Bevölkerungsschichten.

Lebensstandard ... *Fortsetzung von S.2

Die Deutsche Postgewerkschaft erklärte unmißverständlich, daß auch für sie eine allgemeine Lohnpause nicht in Betracht komme. Die Gewerkschaft bezeichnete Empfehlungen der Bundesbahn als "einseitig und unreal", den öffentlichen Dienst aus der allgemeinen Einkommensentwicklung auszuklammern. Die ÖTV lehnt ebenfalls eine Lohnpause für den öffentlichen Dienst ab.

In einigen Betrieben haben die Arbeiter gegen Lohnkürzungen gekämpft.

In der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim gewannen die 150 gewerblich Beschäftigten einen viertägigen Streik gegen die Streichung übertariflicher Zulagen. In Düsseldorf legte die Frührsicht der Papiermaschinenfabrik Jagenberg am 15. September die Arbeit nieder und forderte eine Ausgleichszahlung zwischen Kurzarbeitergeld und Nettolohn.

Im Hammerwerk Hagen-Haspe wurde ebenfalls die volle Zahlung einer Zulage gestreikt. Eine 12%ige Lohnerhöhung forderten die IG Metall-Vertrauensleute der Hoesch-Westfalenhütte und der Klöckner-Hütte in Bremen.

In Emden demonstrierten 8000 Arbeiter und Angestellte vor dem Rathaus für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, insbesondere des VW-Werks.

Um die massiven Angriffe auf Löhne, Zusatzzahlungen, Kürzung von betrieblichen und staatlichen Sozialleistungen und Errungenschaften aber erfolgreich abzuwehren, braucht die Arbeiterklasse schlagkräftige und kampfbereite Gewerkschaften. Sie braucht Gewerkschaftsführer, die voll und ganz die Forderungen ihrer Basis vertreten und nicht in Tarifverhandlungen allzu leicht den Bossen Zugeständnisse machen oder in der konzertierten Aktion sich von den Bossen und ihren politischen Sprechern einschüchtern lassen.

Die Konferenz hat gezeigt, daß im Bezirk Niederrhein eine starke berechtigte Opposition gegen die perspektivlose Politik und die Manöver des Bezirksvorstandes vorhanden ist. Für die Juso-Basis im Bezirk Niederrhein wie in der ganzen BRD geht es jetzt darum, zu der weitgehend unklaren, unpräzisen und perspektivlosen Politik der Juso-Führung, die zu einer großen Demoralisierung vieler Jusos an der Basis, zu zahlreichen Austritten und zur Handlungsunfähigkeit vieler Arbeitsgemeinschaften geführt hat, eine klare sozialistische Alternative aufzubauen, ein sozialistisches Programm zu verabschieden, das die Alltagsprobleme der Arbeiter und Jugendlichen mit der Frage eines sozialistischen Gesellschaftsordnung verbindet, und auf der Grundlage einer marxistischen Analyse die Jungsozialisten zu einer sozialistischen Jugendmassenbewegung zu machen, die innerhalb der SPD eine deutliche und überzeugende Alternative zur gegenwärtigen Regierungspolitik darstellen würde.

A. Maier

Die Arbeiter haben mit ihren eigenen Händen diese Wirtschaft aufgebaut und dabei Gesundheit und Freizeit geopfert, um sich einen bescheidenen Lebensstandard leisten zu können. Jetzt verlangen die Bossen, eine verschwindend kleine Minderheit, die sich von unser aller Arbeit ernährt, daß die Arbeiter die bittere Suppe auslöffeln sollen, die ihnen der Kapitalismus vorsetzt. Kein Gewerkschafter kann dies hinnehmen. Kein Gewerkschaftsführer darf weich werden. Kein Sozialdemokrat darf die Arbeiter im Stich lassen und vom "Gesamtinteresse" des Volkes reden.

Die Interessen der Kapitalisten und die Interessen der Arbeiter stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die breiten Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeiterklasse werden immer breitere Schichten der Arbeiter zwingen, alles Erreichte hart zu verteidigen und eine Alternative zum Kapitalismus zu suchen.

Parteitag

Die sozialistische Antwort auf die Krise muß vom Mannheimer Bundesparteitag der SPD kommen. Erste Ansätze wurden bereits gemacht. Der südhessische SPD-Vorstand hat gegen den Widerstand des rechten Flügels einen Antrag zum Bezirksparteitag vorgelegt, in dem gesagt wird:

"Eine Wirtschaftsordnung, die auf der einzelwirtschaftlichen Verfügung über die Produktionsmittel und auf der Marktkonkurrenz beruht, orientiert ihre Produktion nicht unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen, sondern prinzipiell an der gewinnbringenden Verwertung des eingesetzten Kapitals." Der Unterbezirksparteitag der Duisburger SPD beschloß am 29. August gegen den UB-Vorstand im Zusammenhang mit der Beratung des Orientierungsrahmens die Forderung, die Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen und die Banken langfristig zu verstaatlichen.

Millionen von SPD-Mitgliedern, Gewerkschaftern und Jugendlichen warten auf die Antwort des Mannheimer Parteitages. Die Delegierten müssen jetzt ein Signal zum Handeln geben.

- Keine Lohnkürzungen !
- Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Unternehmerpartei FDP !
- Mobilisierung für eine absolute Mehrheit der SPD auf der Grundlage eines sozialistischen Programms !
- Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen !
- Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung !
- Planung und Lenkung der Produktion auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse !

Karl Burkhard

Liebe Genossen von Voran!

Anfang September wurden alle Calwer Schüler der Höheren Schulen ab der 10. Klasse zu einer politischen Veranstaltung eingeladen. Dazu kamen 6 Landtagsabgeordnete der CDU-Fraktion, die uns Fragen beantworten sollten. Gleich zu Anfang wurde von einem Schüler bemängelt, daß die CDU bei einer Schülerzusammenkunft als einzige Partei vertreten wäre; somit sei ein Pluralismus an den Schulen sehr in Frage gestellt. Dies grenze eher an Wahlpropaganda, die die CDU jetzt schon praktiziere; und sogar mit einer besonderen Taktik, denn es wurde kein spezielles Thema ausgewählt.

Die Abgeordneten wiesen keineswegs den Vorwurf, sie würden Wahlpropaganda betreiben, zurück. Ihrer Meinung nach sei es ein Recht jeder Partei, ihr Programm öffentlich darzulegen.

Am meisten bedrückt uns Calwer Schüler in den Oberstufen der Gymnasien zur Zeit die Fahrpreiserhöhung - ab Schuljahr 75/76 muß jeder Schüler ab der 11. Klasse den vollen Fahrpreis bezahlen. Als wir nun dieses Thema anschnitten, hatten die CDU-Vertreter auch sogleich eine Antwort parat: Erstens verwiesen sie auf Ausbildungsbeihilfen und das Arbeitsförderungs-gesetz. Zweitens unterstrichen sie, daß selbst ein Land wie Hessen härtere Maßnahmen durchgeführt habe. Als daraufhin die Frage gestellt wurde, ob nicht Kürzungen auf anderen Sektoren vorgenommen werden könnten, wie beispielsweise Einsparungen an Dienstwagen, meinten die Parlamentarier, sie könnten ja dem Volk keinen Sand in die Augen streuen. Außerdem besäße ja selbst Brandt einen teuren Wagen. Also blieben die CDU-Abgeordneten dabei, daß die Erhöhung der Fahrpreise für Schüler im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes eine wirkliche Notwendigkeit sei.

Was Schülervertretungen anbelangt, so sieht die CDU die Aufgabe eines Schülersprechers darin, sich einzig und allein um schulinterne Probleme - wie z.B. den Ausbau der Schülerbücherei - zu kümmern. (Es ist ja klar, daß dies nur eine Frage der Mittel ist.) Nach ihrer Ansicht enden überregionale Gremien immer mit Grundsatzgesprächen und sind deshalb unnötig. Die Delegation wandte sich auch mit Nachdruck gegen ein politisches Mandat der Schüler mit der Begründung, die Schule sei ja eine Bildungsanstalt. (Ich verstehe daran nur nicht, warum jetzt auf einmal auf Neutralität gepocht wurde, wo doch vorher das Recht jeder Partei, ihr Programm zu veröffentlichen, begrüßt wurde.)

Zum Schluß kamen wir noch auf die Arbeitslosigkeit und das Problem Numerus Clausus zu sprechen. Wie bei allen vorhergehenden Fragen, wichen auch hier die "sechs Männer" aus. Nach einigen nichtssagenden Sätzen meinten sie dann, jeder solle trotz allem nach seinen eigenen Fähigkeiten und Neigungen seinen Beruf auswählen, egal ob es später freie Stellen und Möglichkeiten, in den Beruf einzusteigen, gibt.

Um aus diesem Treffen mit den 6 Politikern Schlußfolgerungen zu ziehen: Es wurde jedem Schüler deutlich, daß die CDU uns auf dem Bildungssektor - wie auch überhaupt - nichts anzubieten hat. Unsere drängenden Fragen wurden von diesen Leuten gar nicht ernst genommen. Wir Schüler erwarten von der SPD, daß sie unsere Probleme wirklich aufgreift und uns ein Programm anbietet, das eine Lösung aufzeigt. Die SPD darf die Krise des Kapitalismus nicht durch Streichungen, Kürzungen und Preiserhöhungen auf uns Schüler abwälzen!

Mit sozialistischen Grüßen -bb-

Kölner SPD

Werte Genossen!

Hier in Köln wurden Ende August die Tarife für Straßenbahn und Busse stark angehoben. Eine Einzelfahrt kostet jetzt statt 1 DM 1,50 DM. Der Preis für eine Arbeiterwochenkarte von Montag bis Freitag wurde von 6,50 DM auf 9 DM heraufgesetzt. Somit müssen auch die Kölner Arbeiter, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, tiefer in die Tasche greifen und die Folgen der Verschuldung der Stadt tragen. Außerdem wird das Straßennetz nicht ausgebaut, so daß weiterhin jeden Morgen und Abend die Leute wie Ölsardinen zusammengedrückt zur Arbeit bzw. wieder nach Hause fahren müssen.

Der SPD-Unterbezirksparteitag hatte mit 53 gegen 52 Stimmen ganz knapp die Fahrpreiserhöhungen gebilligt. Im Stadt-parlament stimmten SPD und FDP dafür, die CDU dagegen. Der Ortsverein Ehrenfeld lehnte eine Fahrpreiserhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ab und meinte, das Problem sollte im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte im Herbst gesehen werden. Die Kölner SPD-Führung wies nur darauf hin, daß die Schulden ja irgend- wie gedeckt werden müßten. Auch Gas, Wasser und Strom wurden wieder teurer.

Die Kölner Jungsozialisten haben die Fahrpreiserhöhungen abgelehnt, die SPD untersagte es den Jusos jedoch, dazu in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Dennoch mobilisierten die Jusos zu einer Roten-Punkt-Demonstration, an der 5 000 Menschen teilnahmen. Die Falken traten dabei offensiv gegen die Tarif-erhöhungen auf.

Die Stimmung unter meinen Kollegen im Betrieb ist gegenwärtig ziemlich schlecht. Schon früher wurden einige entlassen, jetzt steht wieder Kurzar- beit an. Viele haben im Mai bei der Landtagswahl SPD gewählt, weil sie auf einen Aufschwung hofften. Diese Hoff- nungen haben sich nun in Ärger und Ent- täuschung umgewandelt.

Sozialleistungen werden abgebaut, Kurzar- arbeit schmälert das Einkommen. Einige Kollegen meinen noch, daß ihnen Kurzar- arbeit mehr Freizeit, mehr Selbstverwirk- lichung bringen wird, aber das böse Er- wachen wird bei der nächsten Entlas- sungswelle kommen. Aus Angst vor Ent- lassungen wird deshalb jetzt mehr und härter gearbeitet, darunter leidet nat- ürllich das ganze Arbeitsklima. Gegen die Entlassungen und Kurzarbeit hat der Betriebsrat bisher nichts un- ternommen, sich nicht gewehrt, nicht die Arbeiter und Angestellten dagegen mobilisiert. Einige Betriebsräte ver- suchen, die Arbeiter zum Maßhalten und Kürzertreten aufzurufen. Dabei kommen sie aber in Konflikt mit neuen, jünge- ren und selbstbewußteren Betriebsräten, die sich mit der kompromißbereiten Hal- tung von vielen Gewerkschaftsfunktionä- ren nicht einverstanden zeigen und für eine kämpferische Gewerkschaft eintre- ten.

Die SPD verliert, wenn sie diese Politik weiterhin führt, immer mehr das Ansehen unter der Bevölkerung. Die Jusos disku- tieren zwar viel über Mitbestimmung, Investitionslenkung und Sozialismus, dies findet jedoch nirgends seinen prak- tischen Niederschlag. Wenn die SPD nichts dagegen unternimmt, daß die La- sten der Krise auf die Arbeiter abge- wälzt werden, so wird sie nur weiter Demoralisierung und Enttäuschung hervor- rufen. Die SPD muß, wenn sie es mit den Interessen der Arbeiter ernst meint, die Arbeiter mobilisieren und ein sozi- alistisches Programm durchsetzen.

Grüße! H.Thielmann

Straßenbahn in Frankfurt

Liebe Genossen!

Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeitenden Menschen stehen heute überall in der Bundesrepublik auf der Tagesordnung. Tarifierhöhungen im öffent- lichen Nahverkehr sind hierbei nur eine der vielfältigen Möglichkeiten, die Bevölkerung um mühsam Er kämpftes zu betrü- gen. In Heidelberg, Frankfurt, Köln und anderen Großstädten steigen die Nahver- kehrstarife teilweise um über 50% - und das nach vielerorts ebenso deutigen Er- höhungen im Vorjahr! Die Lücken in den öffentlichen Haushal- ten als Folge der kapitalistischen Wirt- schaftskrise sollen wieder einmal durch den Griff in die Taschen der werktätig- en Menschen gefüllt werden!

Die außerordentliche Brutalität und Härte, mit der die Polizei jede gegen solche Tarifierhöhungen gerichtete Demonstration zurückschlägt, läßt ahnen, welche Aus- einandersetzungen bei zukünftigen Über- griffen auf den Lebensstandard der Be- völkerung noch bevorstehen!

Für die Staatsgewalt gilt es offenbar, jeden aufkommenden Widerstand gegen die vielzitierte "soziale Demontage" im Keim zu ersticken.

Die Frankfurter Polizei, bekanntermaßen nicht feinfühlig im Umgang mit Demonst- ran- ten, lieferte hierfür in letzter Zeit wieder eindrucksvolle Beweise: neben den üblichen (!) Einsatzmethoden wie Knüppel, Wasserwerfer und Räumfahrzeuge gegen De- monstranten wie Unbeteiligte gehört jetzt sogar der Einsatz von Tränengas gegen Kinder in ihr Repertoire!

Aber auch in den Reihen der professio- nellen Organisatoren von Demonstrationen und Kundgebungen der Frankfurter Sektie- rer-Szene - unter denen sich der KBW besonders hervortut - sind Abenteuerum, Märtyrerhaltung und völliges Unverstän- nis der Situation Trumpf. Ein kürzlich vom KBW initiiertes Demons- trationsmarsch mit anschließender Kund- gebung auf der Zeil (Frankfurter Haupt- geschäftsstraße) macht dies exemplarisch deutlich: Nach Abschluß der Demonstration um 12 Uhr mittags, die von einigen hun- dert Menschen unterstützt wurde, ver- suchte ein Häufchen von einigen Dutzend KBW'lern die Kundgebung künstlich zu verlängern und ließ sich bis 3 Uhr nachmittags in sinnlose Stadtguerilla- Geplänkel mit der Polizei ein. Die zumeist jugendlichen Polizisten - vorwiegend wohl unter 20 Jahren - waren durchaus zu Diskussionen mit den Demonstranten bereit, wurden jedoch von den KBW'lern mit so ungeheuer "entlarven- den" Parolen wie "Scheißbullen" oder "Sadisten" brüskiert. Hier wurde die Chance vertan, ihnen ihre Funktion im bürgerlichen Staat klarzu- machen und so zumindest ihre Sympathie auf die Seite der Demonstranten zu zie- hen, wie es den Arbeitern und Bauern bei der Besetzung des Kernkraftwerkes Wyhl gelungen war. Es kann doch wohl nicht darum gehen, den einzelnen Polizisten, der letztlich im Einsatz steht, für die Gewaltmaschi- nerie Polizei verantwortlich zu machen, sondern die Rolle der Polizei als Insti- tution im bürgerlichen Staat darzustellen.

Auch die Sympathie der Passanten - durch- aus auf Seiten der Demonstranten - wurde durch die sinnlosen Straßenkämpfe mit der Polizei allmählich vertan. Erst nach Auflösung der letzten Demonstrantengrup- pen bildeten sich einige Diskussions- kreise am Straßenrand. Doch auch hier dokumentierte der KBW völliges Versagen im Gespräch mit den Passanten; auf teilweise vorhandene Verständnislosigkeit in der Bevölkerung reagierten sie statt mit Geduld und Erklä- rungen mit Polemik und Schreierei - ganz so, als sähen sie in jedem Diskussions- gegner bereits den Klassenfeind.

Fazit: Ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Mit sektiererischem Verhalten ist kein Arbeiter zu gewinnen!

Mit sozialistischem Gruß -bb-

*Fortgesetzt von Vorderseite

REFORMPROGRAMM.....

Kohl erklärte vor dem CSU-Parteitag in München, daß die öffentlichen Leistungen in Zukunft verstärkt auf den Prüf- stand des wirtschaftlich-finanziell Möglichen gestellt werden müßten. Man müsse auch "scheinbar unpopuläre" Maßnahmen durchsetzen. Stoltenberg forderte, zu den 3,6 Mrd. Mark durch die Beschlüsse zum Abbau gesetzlicher Leistungen noch weitere 10 Mrd. hinzu- zufügen! Massive Kürzungen von Leistun- gen seien "unvermeidbar", sämtliche ausgabensteigernde Leistungsgesetze, die noch in der Beratung sind und einen Umfang von 5,2 Mrd. erreichen, müßten zurückgezogen werden. Erhard sprach von notwendig werdenden "schmerzhaften Eingriffen in das Leistungs- gefüge des Staates", es gehe darum, das "ureigene Programm der Bundesregierung" zusammenzustreichen und die von ihr selbst vorgeschlagenen Ausgaben wieder zurück- zunehmen. Und Biedenkopf, ehemaliger Manager eines Waschmittelkonzerns, sagte an klar- sten, worin die Strategie der CDU be- steht: "Wir müssen die Regierung zwin- gen, das Richtige zu tun, ohne es selbst zu machen."

In der Tat kann es den Großkonzernen und ihrer CDU nur recht sein, wenn die Bun- desregierung unter der Führung der SPD unter ihrem Druck gezwungen wird, das "Richtige" durchzuführen, also die von den Arbeitern erkämpften sozialen Er- rungenschaften und den Lebensstandard insgesamt wieder abzubauen. Dies ist das "Richtige" im Interesse der Groß- konzern und ihrer Hintermänner!

Sozialdemokraten und Gewerkschafter können dies aber auf keinen Fall hin- nehmen. Der DGB-Bundesvorstand hat da- rauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Arbeitslosenver- sicherungsbeiträge einseitig die Arbei- ter und Angestellten trifft. IG-Metall- Vorsitzender Loderer bezeichnete die Mehrwertsteuererhöhung als "in mehrfa- cher Weise unsocial" und betonte, daß nun die Kosten der Rezession auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.

Die Gewerkschaft ÖTV lehnt den größten Teil der von der Bundesregierung ge- planten Einsparungsmaßnahmen im öffent- lichen Dienst ab.

Opposition zu den Maßnahmen der Regie- rung allein genügt nicht. In der Bun- desrepublik, wo allem Gerede über ein Wirtschaftswunderland zum Trotz Milli- onen Menschen in veralteten, kalten, unhygienischen und dazu noch zu teuren Wohnungen leben müssen, während auf der anderen Seite 300 000 Wohnungen leer- stehen (das entspricht der Größe Mün- chens), wo Alte, Behinderte und Arbeits- unfähige am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren, wo 800 000 Kinder noch kein eigenes Bett haben, wo Kranken- häuser überfüllt und Arbeiter eine schlechtere ärztliche Behandlung er- halten als Privatpatienten, und wo die Jugendlichen eine Bildung oder Ausbildung in ihrem Interesse weitgehend verwehrt wird, in einem solchen Land sind Re- formen bitter nötig.

SPD - Wahlprogramm

Die SPD hat vor 3 Jahren in Dortmunder Wahlprogramm versprochen, das Programm der inneren Reformen konsequent weiter- zuführen. Die Millionen haben Willy Brandt und die SPD beim Wort genommen und durch ihre Wahl für die SPD die Hoffnung auf eine Durchsetzung ihrer Interessen und eine bessere Zukunft ausgedrückt. Will die Führung unserer Partei jetzt dieses Reformprogramm wie- der in den Papierkorb werfen und - wie es das Großkapital fordert - eine "soziale Entschlackungskur" anordnen? Das soll sie ruhig der CDU/CSU über- lassen.

Der Kapitalismus zeigt erneut, daß es ihm nicht um Menschenfreundlichkeit geht, sondern um seine Profite. Reformen werden in der Krise zu einem untrag- baren Luxus, den das System abbauen muß, um sich selbst am Leben zu erhal- ten. Jeder Versuch, unter diesem System noch weitere Errungenschaften durchzu- setzen, wird eine bittere Reaktion der Bosse hervorrufen. Sie haben dies so- wohl heute als auch früher klar gezeigt. Wir haben die SPD gewählt, damit sie Politik für den Arbeiter macht. Sie darf nicht als Schuldige an der Krise erscheinen, wie es das Kapital gerne weismachen will. Sie darf nicht auf unse- rem Rücken die Krise lösen. Alleinschuldige an der Krise sind die Großkonzerne und ihre Hintermänner. Bittet sie zur Kasse!

"Wir bitten um das Vertrauen, um unsere Poli- tik der Sicherung des Friedens, der Siche- rung der Arbeitsplätze und der inneren Re- formen fortzusetzen zu können."

Um diesen Satz aus dem Wahlprogramm nicht zu einer hohlen Phrase werden zu lassen, muß jetzt jeder Sozialdemokrat in seinem Ortsverein für ein sozialistisches Pro- gramm kämpfen und die SPD-Führung unter Druck setzen. Unser Parteivorstand muß er- kennen, daß wir nicht weiter zum Stillhal- ten bereit sind. Das Reformprogramm muß auf der Grundlage einer verstaatlichten geplanten Wirtschaft jetzt durchgesetzt werden. Der Parteivorstand ist zum Handeln aufgerufen.

ANZEIGE
SSSK
SOZIALISTISCHES
SPANIEN
SOLIDARITÄTSKOMITEE

Bestellt das Bulletin des SSSK: DM 0,60 Nr.1, Herbst 1975, Berichte über spanische Jusos, Kampf gegen das Franco-Regime, Chro- nik des Klassenkampfes, Fabrikkomitees, Spanien in den 30er Jahren.

Sozialistisches Spanien-Solidaritätskomitee 6 Frankfurter-Bornheim, Rendelerstr. 30

Spendet für die spanischen Genossen: Konto A.Krämer, Commerzbank Nürnberg, Zweigstelle Gibitzenhof, Nr. 8068306!